

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldplennig voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutsch-land, Danzig, Saar- u. Rheingebiet, Österreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Gleichung und Ringarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Schimmel“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphisch-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dandoh 292-295
Verlag: Dandoh 2506-2507

Sonnabend, den 8. März 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Polischekontour: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Postsparkasse, Teplitzstraße Lindenstraße 3

Redakteur und Verleger.

Von geistiger Arbeit und geistiger Ueberhebung.

Ein geheimnisvolles Etwas ist dem Durchschnittsbürger die Presse. Man weiß, daß Zeitungen aller politischen, sozialen und kulturellen Richtungen erscheinen. Man weiß, daß diese Zeitungen in ihrer Gesamtheit einen unbestimmten Einfluß ausüben, was man die öffentliche Meinung nennt. Teils hat man für die Presse eine unbegrenzte Hochachtung, wie sie sich etwa in dem schmeicheleichen Ausdruck von der „lebendigen Großmacht“ befindet. Andere haben weniger Hochachtung und sprechen unter Umständen verächtlich von den „Zeitungs-schreibern“. Aber sie haben trotzdem einen gewissen Respekt vor dem unpersonlichen Etwas, das in der Presse verborgen liegt, besonders wenn sie ein nicht ganz reines Gewissen haben und fürchten müssen, daß eines Tages ihre Angelegenheiten schwarz auf weiß gedruckt vor der Öffentlichkeit ausgebreitet werden.

Nur von der Befehlichkeit der Presse, von dem Zusammenhang geistiger Arbeit in den Redaktionen und den kapitalistischen Interessen der Verlegerenschaft haben die meisten Leser nur eine sehr nebelhafte Vorstellung. Von den Arbeitsbedingungen jener Leute, die als Redakteure, Schriftsteller und Mitarbeiter jeder Art die tägliche Geistesnahrung auf den Frühstückstisch des Bürgers legen, weiß der Leser und weiß die Öffentlichkeit so gut wie nichts. In jedem Blatte kann man über alle Dinge der Welt, über die Angelegenheiten aller Erwerbsgruppen und Berufe alles nur Erdentliche lesen, nur von den Angelegenheiten seines eigenen Berufes gibt der Redakteur einer bürgerlichen Zeitung seiner Leserschaft so gut wie niemals Kenntnis, es sei denn, daß in mehr oder weniger großer Aufmachung die Veranstaltung eines Wohlhabendens-geschäftes wird, dessen Erträge den notleidenden Berufsgenossen, Witwen und Hinterbliebenen zugute kommen soll.

Dabei hat sich das Arbeitsverhältnis der geistigen Arbeiter, die an der Presse mitwirken, in den letzten Jahren immer mehr verschlechtert. Seit die Herausgabe einer Zeitung nicht mehr hauptsächlich das Werk eines Einzelnen ist, der um einer Sache und einer Idee willen um die Meinung der Leser wirbt, seit vielmehr der Großkapitalismus in Gestalt von Aktiengesellschaften und Industriefirmen die Herausgabe von Zeitungen in großem Maßstabe sowohl zu einem lukrativen Geschäft wie zu einer systematischen Beeinflussung der Öffentlichkeit im Sinne ihrer Interessentkreise gemacht hat, ist die Persönlichkeit des Redakteurs, die früher den Zeitungen ihren Stempel aufdrückte, immer mehr in den Hintergrund gedrängt worden. Man hat in letzter Zeit wiederholt von Zeitungskäufen gelesen, die Industriefirmen wie Stinnes und Hugenberg vollzogen haben. Man weiß, daß frühere demokratische Blätter hauptsächlich den Lesern mit volksparteilich-schwer-industriellem oder deugnational-völkischem Inhalt auf den Tisch gelegt wurden. Zuweilen taucht dann die kurze Notiz auf, daß der bisherige Chefredakteur seine Stellung aufgegeben habe, weil er den Gesinnungswechsel nicht mitmachen in der Lage sei. Dann pflegt wieder Ruhe über den Gemäßen zu sein und die Kapitalisten arbeiten mit wenigen neuen, zum großen Teil aber mit den alten journalistischen Helfern weiter. Vor kurzem wurde bekannt, daß ein unter Hugenbergs maßgebendem Einfluß stehender Industriefirmen den textlichen Teil der früher fortschrittlichen, dann demokratischen „Saale-Zeitung“ in Halle „gepackt“ habe, um darauf in Zukunft volksparteiliche „Politik machen“ zu lassen.

In diesen Vorgängen ist die Tragödie eines ganzen Standes eingeschlossen. Die geistige Arbeit, die sich nach außen als die Ausprägung freier politischer Meinungen darstellt, wird mit tausend Fäden geknüpft an die Interessen des jeweiligen Verlegerkonjunktions. Wir brauchen nur zu erinnern an die Mitteilungen, die kürzlich über die Neubildung des Aufsichtsrats der Aktiengesellschaft „Germania“ durch die Presse ging. Je nachdem die Mehrheit der Aktien befindet, wird auch die Haltung der Redaktion beeinflusst. In den Kreisen der Redakteure wächst die Erkenntnis von der Unwürdigkeit solcher Abhängigkeit ihrer geistigen Existenz von den Unternehmerinteressen ihrer Verleger. Sie lehnen sich innerlich auf gegen den Gesinnungsdruck, der in dem bloßen Vorhandensein dieses kapitalistischen Einflusses zum Ausdruck kommt. Um so mehr, als auch ihre soziale Stellung innerhalb der Großbetriebe immer weiter sich derjenigen annähert, die etwa Arbeiter oder Angestellte innehaben. Ein Berliner Großverleger sprach anlässlich von Tarifverhandlungen vor kurzem das große Wort gelassen aus, es gäbe in Berlin höchstens ein Duzend Redakteure die anderen lebten „in den Niederungen von Schere und Kleinfertigkeit“. Dies Wort war mehr als eine beiläufige Bemerkung. Der Arbeitgeberverband für das Zeitungsgewerbe hat es glücklicherweise fertiggebracht, den seit einigen Jahren bestehenden Tarifvertrag mit der Redakteurorganisation durch Obstruktion außer Kraft zu setzen. In den großen Zeitungs-

häusern bevorzugt man eine kleine Zahl sogenannter „Prominenter“, um desto rigorosier gegen die große Zahl der übrigen Redaktionsmitglieder auftreten zu können.

Nun sehen die Redakteure und journalistischen Mitarbeiter mit einem Gefühl des Reibes nach Österreich, wo bald nach der Revolution dank der Initiative der Sozialdemokraten ein Gesetz zum Schutze der geistigen und sozialen Interessen der Journalisten beschlossen worden ist. Auch im Deutschen Reich sind seit Jahren Versuche im Gange, ein ähnliches Gesetz zustandezubringen. Regierung und Reichstag haben indes wie so vieles andere auch die Regelung dieser Angelegenheit noch nicht erledigen können. Aber schon die Tatsache, daß die Berufsverbände der Redakteure neuerdings wieder ernsthaft auf die Schaffung eines solchen Journalistengesetzes hinarbeiten, hat den Zorn gewisser Verlegerkreise hervorgerufen. Im „Zeitungsverlag“, dem Organ des Bereichs deutscher Zeitungsverleger, wird entrüstet darauf hingewiesen, daß die Vertreter des Redakteurverbandes die Regierung „bedrängen“, den Entwurf eines Journalistengesetzes einzubringen. Und dann wird das Verlangen, daß die Redaktion die freie Entscheidung über den textlichen Teil der Zeitung haben solle, als „ein Sozialisierungsversuch, ein Versuch der geistigen Expropriation der Verleger“ bezeichnet. Die Vorstellung, daß durch Gesetz in die besonderen Verhältnisse des Zeitungswesens eingegriffen würde, empfindet der „Zeitungsverlag“ als den Versuch, dem „Verleger auf dem Wege über die Gesetzgebung ein unerträgliches Unrecht“ anzutun. Der kapitalistische Herrenstandpunkt kommt in dieser Aufassung des „Zeitungsverlags“ unverfälscht zum Ausdruck.

Es kann durchaus nicht zugegeben werden, daß dem Redakteur durch den Anstellungskauf an einer Zeitung gewissermaßen ein geistliches Amt zuteil wird, und daß, wenn Gott das Amt eines Redakteurs gegeben habe, daß er dem auch den Ver-

stand gegeben habe zu erpriehtlicher redaktioneller Wirkung gerade an der besonderen Zeitung. . . Es bleibt dabei, daß der Redakteur rechlich Beauftragter des Verlegers ist, dieser Auftrag ist unter selbstverständlicher Berücksichtigung des abgeschlossenen Dienstvertrages jederzeit widerrufbar. Der Redakteur ist in der Zeitung nichts aus eigenem Recht, alles aus Verlegers Recht. . . Der Redakteur hat an sich gar keine Berufspflicht zur Wahrnehmung öffentlicher Interessen, sondern der Redakteur hat die Berufspflicht, im Auftrage seines Verlegers die Zeitung oder den ihm zugewiesenen Teil der Zeitung zu redigieren. . .

In diesen Sätzen ist die ganze Arroganz des Unternehmertums, wie sie sich sonst gegenüber Angestellten und Arbeitern ausstößt, auch gegen die Schriftsteller und Schaffkünstler ins Feld geführt. Diejenigen, die der naiven Meinung waren, daß in ihrem Verbleibe immer nur die freie und ungeschälte Meinung freier schaffender Kräfte niedergelegt sei, werden aus solchen Äußerungen entnehmen können, wieviel „gottgewollte Abhängigkeiten“ — um mit Behmann zu reden — in den Spalten der Zeitung sich auswirken. Aber gerade die in Politik und Wissenschaft führenden Kreise, die im Lebensinteresse des Reiches eine wirklich unbeeinflusste Presse für notwendig halten, sollten das Streben der Redakteure nach einer gesetzlichen Regelung ihrer sozialen und geistigen Angelegenheiten mit allen ihren Kräften unterstützen. Die Verschärfung der öffentlichen Meinung durch unkontrollierbare kapitalistische Einflüsse ist viel gefährlicher für die Entwicklung unseres ganzen Geisteslebens, als das Unternehmertum es wahr haben möchte. Selbst der Hinweis auf einen „Sozialisierungsversuch“ darf da nicht ärgern; wobei allerdings die Anmerkung sich von selbst ergibt, daß zahllose Redakteure bürgerlicher Blätter so lange im Sinne des Unternehmertums gegen die „Sozialisierung“ geschrieen haben, bis dies Schlagwort sich gegen sie selber wendete.

Die Militärkontrolle.

Die neue Note der Botschafterkonferenz.

Die seit einigen Tagen angekündigte, gestern überreichte Note der Botschafterkonferenz in der Frage der Militärkontrolle hat folgenden Wortlaut:

Die alliierten Regierungen haben Kenntnis von den zwischen der deutschen Regierung und der Militärkontrollkommission gewechselten Noten vom 9. und 17. Januar. Indem sie die von der Kommission in deren Note vom 17. Januar zum Ausdruck gebrachten Anschauungen in jeder Beziehung bestätigen, halten sie es für wünschenswert, die politischen und rechtlichen Fragen, die in der deutschen Note vom 9. Januar aufgeworfen sind, auch ihrerseits noch einmal aufzunehmen. Auf diese Weise werden die Missverständnisse zerstreut werden können, in denen die deutsche Regierung offenbar selbst befangen ist und die, wie zu befürchten, sie daran hindern können, der Kontrollkommission diejenige Mitwirkung zu sichern, auf die sie Anspruch hat. Diese Mitwirkung sicherzustellen, daran hat die deutsche Regierung selbst das größte Interesse, denn lediglich auf diese Weise werden die Arbeiten der Kommission schnell zu einem guten Ende geführt werden können.

In der Note vom 9. Januar bezieht sich die deutsche Regierung auf denjenigen Teil der Kommissionsarbeiten, welchen die Botschafterkonferenz noch nicht für abgeschlossen hält und an deren Erledigung die deutsche Regierung mitzuwirken durchaus bereit ist. Die alliierten Regierungen nehmen an, daß die deutsche Regierung bei dieser Erklärung an die fünf Kategorien von Kontrollmaßnahmen gedacht hat, welche in der Note der in Berlin beauftragten alliierten Botschafter vom 29. September 1922 aufgezählt sind. Die alliierten Regierungen nehmen mit Genehmigung von der Berufslitung Kenntnis, welche die deutsche Regierung hinsichtlich der Mitwirkung bei der Durchführung dieser fünf Punkte übernimmt. Die deutsche Regierung wird übrigens die so versprochene Mitwirkung schon jetzt effektiv gestalten können, wenn sie

ohne weiteres Jögern den Forderungen der Kontrollkommission vom 18. Dezember v. J. auf Vornahme gewisser geschäftsberührender und abmildernder Maßnahmen sowie Uebergabe gewisser Urkunden entspricht.

Diese Maßnahmen und diese Urkunden sind in der vierten und fünften der oben in Erinnerung gebrachten Kategorien von Abmilderungsmaßnahmen erwähnt.

Auf der anderen Seite stellen die alliierten Regierungen indessen mit Bedauern fest, daß die deutsche Regierung in ihrer Note vom 9. Januar bei aller erklärtermaßen vorhandenen Bereitwilligkeit, bei der Ausführung dieser fünf Kategorien von Abmilderungsmaßnahmen mitzuwirken, anzunehmen scheint, die alliierten Regierungen hätten bereits anerkannt, daß die Kontrollkommission, abgesehen von der Durchführung dieser fünf Kategorien, ihre Aufgabe vollendet habe. In der Note vom 29. September 1922 haben die alliierten Botschafter es sich angeeignet sein lassen, einseitig anzunehmen, daß diese fünf Kategorien lediglich diejenigen Maßnahmen herausgreifen, auf deren Durchführung die alliierten Regierungen besonderen Wert legen. Nirgends ist gesagt, daß die alliierten Regierungen sie als die einzigen Punkte der militärischen Vertragsklauseln betrachten, deren Durchführung noch aussteht. Wenn die alliierten Regierungen sie aus den übrigen noch nicht durchgeführten Punkten herausgegriffen haben, so ist dies ausschließlich deswegen geschehen, weil die

alliierten Regierungen beschlossen hatten, der deutschen Regierung einen Generalausschlag vorzuschlagen, in der Hoffnung, die Zurückziehung der Kommission dadurch beschleunigen und der deutschen Regierung die auf ihr liegenden Lasten der Kontrolloperationen auf diese Weise erleichtern zu können.

Die deutsche Regierung wird sich erinnern, daß die generellen Linien dieses Vergleichs folgende waren: Die deutsche Regierung sollte hinsichtlich der Ausführung der fünf Punkte die Forderungen der Kontrollkommission schnell durchführen, sie sollte auch ihre Zustimmung zur Schaffung eines interalliierten Garantiefomitees geben, welches in dem Augenblick der Zurückziehung der Kommission in Funktion treten sollte. Als Gegenleistung erboten sich die alliierten Regierungen, die Kommission zurückzuziehen, sobald sie hinsichtlich der fünf Punkte befriedigt sein würden. Dieser Vergleich ist von der deutschen Regierung niemals angenommen worden. Das Recht der alliierten Regierungen zur Fortsetzung der Kontrolle besteht daher ganz und ohne Einschränkung weiter; es dürfte kaum nötig sein, die deutsche Regierung daran zu erinnern, daß es einzig und allein den alliierten Regierungen zukommt, darüber zu entscheiden, in welchem Ausmaß die militärischen Klauseln des Vertrags ausgeführt sein werden und ob es in irgendeinem Augenblick wünschenswert ist, die Lasten der Kontrolle zu erleichtern.

Die alliierten Regierungen sind aber heute ebenso wie früher von dem Wunsche befeßt, diese Lasten zu erleichtern. Unglücklicherweise ist während des größten Teils des Jahres 1923 die Kontrollkommission infolge von Umständen, an die hier nicht erinnert zu werden braucht, an der Ausübung ihrer Funktionen gehindert worden. Es folgt daraus, daß zum großen Bedauern der alliierten Regierungen

in der Durchführung der Kontrolle seit dem 29. September 1922 tatsächlich kein Fortschritt erzielt

worden ist. Nachdem die Kontrollkommission während eines so langen Zeitraums gezwungenermaßen untätig gewesen ist, sind die alliierten Regierungen zurzeit nicht in der Lage, sich von dem militärischen Zustande Deutschlands ein Bild zu machen. Die alliierten Regierungen nehmen Kenntnis von der Erklärung, welche die Deutsche Regierung, abgesehen von den fünf Punkten, mit bezug auf die zum Teil V des Vertrages gehörigen Einmahnungsmaßnahmen in ihrer Note vom 9. Januar v. J. abgegeben hat. Diese Zusage umfaßt nach Ansicht der alliierten Regierungen, daß die Deutsche Regierung sich der Verpflichtung bewußt ist, die militärischen Vertragsklauseln in ihrer Gesamtheit mit vollkommener Loyalität auszuführen, und daß sie den Wunsch hat, ohne weiteres Jögern dieser Verpflichtung nachzukommen, die schon zu lange in suspensio geblieben ist. Aber die deutsche Regierung kann nicht erwarten, daß die alliierten Regierungen die ihnen gegebene Versicherung, so sehr sie sie auch würdigen, akzeptieren, bevor sie durch Nachprüfung bestätigt worden ist. Die

deutsche Regierung wird sicherlich bereit sein, durch Erleichterung bestimmter Nachprüfungen ihren guten Glauben zu beweisen.

Die Nachprüfungen müßten natürlich von der Kontrollkommission bewirkt werden. So lange die deutsche Regierung nicht unter dem Druck auf den Hinweis auf ihre angeblliche Schwäche der Kommission ihre lokale Mitarbeit gewährt, wird es nicht möglich sein,

zu einem Ende zu kommen oder auch nur eine wesentliche Reduktion ihres Personalbestandes in Erwägung zu ziehen.

Der in der deutschen Note vom 9. Januar zum Ausdruck gelangten Anschauung, daß ein persönlicher Kontakt zwischen der Kommission und den deutschen Militärbehörden nicht mehr notwendig sei, können die alliierten Regierungen nicht beipflichten, da sie, wie bereits gesagt, für die Erklärung der deutschen Regierung über die vollständige Durchführung aller militärischen Klauseln des Vertrages (mit Ausnahme der fünf Punkte) keinen Beweis besitzen; die Kontrollkommission hat übrigens auf diesen Punkt in ihrem Schreiben vom 17. Januar schon geantwortet. Ob die fünf Punkte selbst einen unmittelbaren Kontakt zwischen der Kommission und den deutschen Militärbehörden erfordern oder nicht, ist eine Frage der praktischen Ausführung der Kontrolle, deren Lösung der Kommission obliegt.

Dies ist die gegenwärtige Lage. Die deutsche Regierung wird zugeben, daß sie das

Vorhandensein erster Mißverständnisse

erkennen läßt. Soweit es sich um die Art der Kontrollhandlungen handelt, welche durchzuführen die alliierten Regierungen das Recht und den Willen haben, sind diese Mißverständnisse den deutschen Interessen ebenso abträglich wie den Interessen der Alliierten. In der Tat scheint jetzt die Stunde gekommen zu sein, um durch eine gemeinsame Anstrengung aus der Sackgasse herauszukommen, in der man sich im Augenblick befindet. Die alliierten Regierungen wiederholen, daß sie bestrebt sind, auf jede mögliche Weise und in einem möglichst kurzen Zeitraum die Last der Kontrolle, die auf Deutschland ruht, zu erleichtern. Im Hinblick auf dieses Ziel sind sie auch jetzt noch bereit,

der deutschen Regierung folgenden Vorschlag zu machen:

Beschränkung der Aufgaben der Kommission auf die fünf Punkte und später Schaffung eines Garantiekomitees oder eines anderen Organs mit gleichen Aufgaben, das an Stelle der Kommission eingesetzt werden würde, sobald diese sich davon überzeugt hat, daß die Durchführung der fünf Punkte soweit fortgeschritten ist, daß die endgültige Regelung gesichert scheint. Dieses Angebot wird jedoch unter folgendem Vorbehalt gemacht: Mit Rücksicht darauf, daß die Kontrolle praktisch seit länger als einem Jahre geruht hat, und daß die deutsche Regierung der Kommission versichert hat, daß die militärischen Bestimmungen mit Ausnahme der fünf Punkte vollständig durchgeführt sind, wird die deutsche Regierung den Beweis für ihre Erklärungen erbringen und ihren guten Glauben zeigen müssen, indem sie die unbehinderte Durchführung der erforderlichen Beschreibungen sichert. Diese Beschreibungen werden gemäß den von der Kommission getroffenen Entscheidungen und unter voller Wahrung der Kontrollrechte vorgenommen werden, um den interessierten Nationen hinsichtlich des gegenwärtigen Standes in bezug auf

Kriegsmaterial, Refrakterung und militärische Ausbildung

in Deutschland volle Verabfolgung zu geben. Die alliierten Regierungen sind überzeugt, daß ein Vergleich auf dieser Basis beiden Seiten Vorteile bringen würde. Er würde den verbündeten Regierungen in bezug auf die Durchführung der militärischen Bestimmungen des Vertrages Garantien geben, die sie schon seit langem hätten erhalten müssen, und welche die deutsche Regierung ohne Zweifel in ihrem eigenen Interesse zu geben bestrebt sein wird. Er würde ferner der Ausübung der Kontrolle bestimmte Ziele und genau festgelegte Grenzen setzen und, indem er klar die Bestimmungen festlegt, unter welchen die Aufgabe der Kommission als beendet betrachtet werden wird, würde dieser Vergleich der deutschen Regierung die Perspektive eröffnen auf eine baldige Zurückführung der Kommission und auf ihre Erziehung zuerst durch ein Garantiekomitee oder ein anderes Organ und dann durch den auf Grund des Artikels 213 des Vertrages handelnden Bänderbundrat.

Kommt ein solcher Vergleich nicht zustande, so wird den alliierten Regierungen nichts anderes übrig bleiben, als in der genauen Anwendung der Rechte fortzufahren,

die ihnen der Vertrag einräumt. Aber zum mindesten werden sie dann klar festgestellt haben, daß sie, weit davon entfernt, mit dieser Frage unerbittliche Forderungen zu verbinden, immer bestrebt gewesen sind, den Schwierigkeiten der deutschen Regierung Rechnung zu tragen und daß, wenn ihre Anstrengungen gescheitert sind, dies lediglich der Fall gewesen ist, weil die ernste Mitarbeit und der gute Wille der deutschen Regierung gefehlt haben.

Die verdammte Pflicht und Schuldigkeit.

Stehen da neulich in einem der vielen Berliner Postämter, gerade so um die Mittagsstunde, in der Hauptgeschäftszeit, Leute jeder Art, um beim Postfiskus einzukaufen. Wie gewöhnlich allgemeines Gemurmel über „langes Warten“, „alle Schalter zu“, ermunternde Jurufe an den Vordermann, und — ach, wir alle kennen diese Motive und es würde uns etwas fehlen, wenn es einmal anders wäre.

Da steht aber auch in einer Ecke ein älterer Mann, der weder Karten kaufen noch telefonieren will, sondern ganz einfach das Recht und Recht ist. Er schaut hastig und ungeschickt, steht immer ganz kleine Stücke in den Mund und seine hungrigen Kinnbacken mahlen gierig und schmachend, wobei er sichtlich bemüht ist, nicht zu schnell den Genuß zu beenden. Dabei zittert der magere Körper, der in einem zerfetzten Mantel von unergründlicher Farbe steht, unaußerlich hin und her, als ob der ganze elende Organismus in allen Teilen mitessen wollte. Dann legt er die Hände auf die Helzung und schließt die Augen, seine dünnen grauen Lippen zittern. Wie wohl die Wärme tut, einen Augenblick nur ausruhen. Nicht denken müssen.

Ein Beamter tippt ihn an: „Das müßige Kumschicken ist hier verboten. Sie müssen das Amt verlassen“ sagt er in dienstlichem Tone. Das Publikum horcht auf. Alle sehen mit plötzlichem Interesse auf den Mann. Der aber erwidert gar nichts, mit einer unendlich müden Bewegung nickt er nur und geht hinaus. Es sieht aus, als wenn ein Automat aufgezogen wird. Alle sehen ihm nach. Der Beamte sagt halb laut: „Na ja — ich muß mich an meine Vorkchrift halten.“

Es klingt fast wie eine Entschuldigung. Und dann geht der Briefmarkenverkauf weiter.

Hans Wesemann.

Ein neuer vorfindstulischer Meisterflieger.

Ein neuer Flugtaurier ist in den lithographischen Schleiern von Eichstädt entdeckt worden, und die naturgeschichtliche Bedeutung dieses Tieres wurde von Döderlein in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften behandelt, worüber H. Böler in den „Naturwissenschaften“ berichtet. Die genaue Untersuchung des Exemplars ergab, daß dieser Flugtaurier einen stumpfen, stark gewölbten und hinten abgerundeten Kopf sowie einen stark rudimentären Schwanz hatte und daß die Proportionen der Hinterbeine auffallend an die von Springtieren erinnern. Infolge seines Stummelschwanzes nimmt das Tier unter den Saurieren eine besondere Stellung ein. Interessante Vergleiche lassen sich zwischen diesem Meisterflieger der Urzeit und den heutigen Vögeln und Fledermäusen anstellen. Der Anurognathus war ein Reptil, das zu den besten Fliegern gehörte haben muß. Sein Flugapparat stimmt mit denen gewisser Vögel übereinstimmend überein, und zwar am meisten mit dem des Ziegenmelkers und des Mauerseglers. Ganz so gewandt wie der Mauersegler, der zu den besten Fliegern unter den Vögeln gehört, wird unser Flug-

Die alliierten Regierungen legen den größten Wert darauf, baldmöglichst von der deutschen Regierung eine Antwort zu erhalten.

Hinter den sorgfältig abgewogenen, mehrfach die deutschen Interessen in den Kreis ihrer Darlegung ziehenden Worten dieser Note verbirgt sich ein sachlich scharfer Inhalt, als nach den bisher vorliegenden Mitteilungen aus dem Auslande zu erwarten war. Zwar ist noch von einem Garantiekomitee die Rede, das die Interalliierten Kontrollkommissionen ablösen und den Übergang zu der Bänderbündelkontrolle des Artikels 213 bilden soll. Aber bevor zu dieser Zwischenlösung geschritten wird, wird von der deutschen Regierung verlangt, einen neuen Beweis für ihre Behauptung zu erbringen, daß die Abkräftung durchgeführt sei. So kündigt die Note neue Besichtigungen gemäß der von der Alliierten Kontrollkommission zu treffenden Entscheidung und unter voller Wahrung der Kontrollrechte an. Die Kontrolle nennt diesen Vorschlag, der Deutschland einer nochmaligen gründlichen und vorläufig unabsehbaren, die Empfindungen der Bevölkerung aufs neue treffenden und überaus kostspieligen Kontrolle aussetzt, einen Vergleich, dessen Nichtzustandekommen die weitere schärfere Anwendung aller Rechte des Vertrages zur Folge haben würde.

Demgegenüber wird man der außenpolitischen Leitung des Reiches nicht beschweigen können, daß sie mit zureichender Tatkraft aus allgemein politischen Gesichtspunkten heraus die Beendigung der Interalliierten Militärkontrolle und ihre Ersetzung durch die Rechtsaufsicht des Bänderbundes betrieben habe. Während die Note vom 9. Januar durch den Hinweis auf diese im Vertrag vorgesehene Regelung in London bei der neuen Regierung zunächst den Anstoß gab, das baldige Inkrafttreten der Bänderbündelaufsicht in Aussicht zu nehmen, bewährte der Außenminister in seinen mehrfachen öffentlichen Rundreden eine rein negative Haltung, die mit der Schwäche der Reichsregierung gegenüber nationalalliierten Ausbreitungen argumentierte. Zwar enthält die vertragsmäßige Bänderbündelaufsicht ebenso wie die interalliierte Aufsicht ein Element der Ungerechtigkeit: ist sie doch allein den Besiegten auferlegt und streift sie zu Bändern minderen Ranges. Aber der im Vertrage enthaltene Grundgedanke wäre aufzunehmen und die Forderung zu erheben, daß die Bänderbündelaufsicht über Deutschland zu einer Bänderbündelaufsicht über ganz Europa ausgestaltet wird. Statt mit bloß juristischen Argumenten eine nicht unabweisliche Rechtsposition verteidigen zu wollen, galt es und gilt es, dem Geist der internationalen Solidarität aufzurufen, zu der als dem Grundgedanken des Bänderbundes die Reichsregierung sich schon erst bekannt hat. Daher ist im Sinne des Vertrages, der die Abkräftung einseitig Deutschland aber als Einleitung einer allgemeinen Abrüstungsbeschränkung allen Nationen auferlegte, die Forderung zu erheben, die Bänderbündelaufsicht unterschiedslos auf alle Völker auszudehnen. Nimmt Deutschland als gleichberechtigtes Mitglied der Bändergemeinschaft an der Ausübung dieser gegenwärtigen Beaufsichtigung des Bänderbundes über seine Mitglieder teil, dann verwickelt sich der Bund gleicher Völker, der den Versailler Vertrag überwindet.

Aus London wird gemeldet:

Die Reuter hört, besteht in den maßgebenden Londoner Kreisen keine Neigung, auf die Rede, die der deutsche Außenminister gestern (Donnerstag) über die Frage der Militärkontrolle gehalten hat, einzugehen. Diese Haltung wird damit begründet, daß die deutsche Regierung, als der Außenminister seine Rede hielt, noch nicht im Besitz der neuen Note der Bänderbündelkonferenz war, die dem deutschen Botschafter in Paris erst gestern übergeben wurde. Die Rede des deutschen Außenministers stütze sich daher lediglich auf Zeitungsnachrichten. Man hofft, daß, wenn die deutsche Regierung sich erst im Besitz der alliierten Note befindet, die Vorteile der alliierten Vorschläge in Erscheinung treten und eine ruhigere Betrachtung ermöglichen werden. Deutschland behauptet, die von den Alliierten geforderte Entwaffnung ausgeführt zu haben. Die Alliierten sind indes während des ganzen letzten

Jahres außerstande gewesen, irgendeine Inspektion vorzunehmen und haben daher kein Mittel, die Richtigkeit der deutschen Behauptungen nachzuprüfen. Wenn Deutschland die Annahme des von den Alliierten vorgeschlagenen Garantiekomitees ablehnt, so bleibt den Alliierten keine andere Wahl, als die beschwerliche und schwerfällige Kommission Rollen beizubehalten, die doch in Deutschland entschieden unpopulär ist.

Dazu gibt WTB folgende Anmerkung:

Daß die deutsche Regierung, als der Außenminister seine letzte Reichstagsrede hielt, noch nicht im Besitz der jüngsten Kontrollnote der Botschafterkonferenz war, und daß sich diese Rede daher auf diese Note noch gar nicht beziehen konnte, haben wir in der heutigen Nachmittagsausgabe bereits festgestellt. Richtig ist aber die Behauptung, daß die Alliierten während des ganzen letzten Jahres außerstande gewesen seien, eine Inspektion vorzunehmen, und daß sie daher keine Mittel hätten, die Richtigkeit der deutschen Behauptungen nachzuprüfen. Tatsächlich sind in der Zeit zwischen dem 13. Januar und dem 31. Mai 1923 weit über 250 Kontrollhandlungen vorgenommen worden, und nicht weniger als 240 dieser Kontrollhandlungen haben auch glatt durchgeführt werden können, deshalb nämlich, weil in diesen Fällen die Interalliierte Militärkontrollkommission bei Zusammenfassung der Inspektionskommissionen auf die durch den Ruhereinbruch ausgelöste Stimmung der deutschen Bevölkerung Rücksicht nahm. Daß die Kommission von Beginn des Monats Juni ab diesen Brauch verließ, ist eine Maßnahme, die nicht die deutsche Regierung zu vertreten hat.

Ueber die Stellung der Reichsregierung zu der neuen Note ist aus dieser Bemerkung nichts Entscheidendes zu entnehmen.

Die Regierung wird

Die Regierung wird nicht . . .

Eine alte Anekdote einem braven Feldwebel des Wort in den Mund: „Entweder konsequent oder inkonsequent, nur nicht dieses ewige Schwanken!“ Man ist versucht, den gleichen Schmerzschrei auszustößen, wenn man das Verhalten der Reichsregierung dem Reichstag gegenüber betrachtet, nur müßte man statt „konsequent oder inkonsequent“ „loyal oder illoyal“ sagen. Die Loyalität im engsten Sinn des Wortes, das heißt die Gehorsamkeit selbst fordert, daß dem Reichstag Gelegenheit gegeben werde, über die Verordnungen, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen sind, durch Beschlussfassung zu befinden, denn nur unter dieser gesetzlich festgelegten Voraussetzung ist das Ermächtigungsgesetz angenommen worden.

Die Regierung schien schon entschlossen, den Weg der Monarchie zu gehen und dem Reichstag die Verhandlungsmöglichkeit abzdrehen, als entdeckt wurde, daß verschiedene Vorlagen, vor allem die Goldkreditbank des Herrn Dr. Schacht, unbedingt noch vor Toresschluss erledigt werden müssen. Also — werden die Verhandlungen weiter fortgesetzt. Hat aber der Reichstag die notwendigen Vorlagen erledigt, dann soll er — so heißt es jetzt wieder — sofort aufgelöst werden. Das könnte etwa am Donnerstag nächster Woche der Fall sein. Vom 6. April als Wahltermin ist nicht mehr die Rede, aber die Wahlen müßten im Fall der Auflösung spätestens doch bis zum 11. Mai erledigt sein.

Man kann sich aber die Beratung auch noch länger hinauszuziehen, und es können Zwischenfälle eintreten, die alles wieder anders gestalten. Die Regierung kann sich die Sache noch einmal überlegen. Es kann sein, daß sie vom Reichstag verlangt, er möge sich selbst auflösen, es kann sein, daß sie ihn auflöst, es kann aber auch sein, daß sie weder das eine verlangt noch das andere tut.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bleibt auf ihrem Standpunkt der Korrektheit und der Loyalität. Sie verlangt, daß der Reichstag sein Recht wahrnimmt und über die eingebrachten Anträge verhandelt.

Das „Süddeutsche“ verzeichnet ein Gerücht, wonach der Reichstagspräsident im Kellertausch ein juristisches Gutachten vorgelesen habe, nach dem eine Reichs-

riesigen Ausmaßen entworfen, dessen gewaltiger Soakel mit Darstellungen von Arbeitern, Maschinen und landwirtschaftlichen Geräten geschmückt ist. Viel angelehnt wird ein Entwurf von Malewitsch: auf einem Unterbau, den Maschinen und Arbeitsgeräte bilden, erhebt sich ein großer Würfel, der „den Sieg der reinsten Form der proletarischen Revolution“ bedeuten soll.

Die neueste Nummer von „Lachen links“ übertrifft täglich und illustrativ fast noch ihre Vorgängerinnen. Unter den Bildern ragt eine ergreifende Zeichnung unserer Räte Rostow hervor: „Die den Klauern ins Wasser . . .“ Uebing gibt in wuchtigen Farben ein naturgetreues Abbild der wilden Schanze, Rüst porträtiert mit Liebe den Hitler-Adolf als den Typus des echt germanischen Mannes und zeigt an einem Bildnis des Finanzministers Luther, was der von diesem geführte Steuerhölzerarm eigentlich ist. Das leider noch immer aktuelle Thema der Schären selbstmorde behandelt Erich Weinert in folgenden Versen:

Die Postisten fanden ihn draußen im Wald, den kleinen Bismarck; er war schon entstellt und kalt. Man brachte dem Kaiser die Rache, Pistole und Uhr, Notizbuch, Zigarettenspitze, eine Locke und die letzte Zensur vom Herrn Oberlehrer.

Der Herr Studienrat schickte lange das Haupt. Dann sagte er: In der Tat, das hätte ich nicht geglaubt! Hätte er bessere Aufsätze geschrieben und nicht phantasiert, er wäre nicht schon gestorben! So sprach, immerhin nicht ungerührt, der Herr Oberlehrer.

Nach dem Begräbnis mochte er seinen Schülern klar, daß dies Begräbnis von nichts anderem die Folge war als von Krampf an stiller Stärke, und schloß mit einem Appell und einem ersten Vermerte. Dann wurde er offiziell, der Herr Oberlehrer.

Das republikanische Blättchen „Lachen links“ erscheint wöchentlich am Freitag. Der Preis der Einzelnummer beträgt 25 Pf., das Vierteljahresabonnement 3,25 M.

Moderner Tanz, Madame Georgi, die Meisterkünstlerin der Wigman, bringt am 14. im Schwabensaal Tanz-Suiten von Starobin, Aroncl, Galesa und Bartol.

Die Galerie Dr. Große u. Co., Rurfsrieden 179, eröffnet am 8. eine Ausstellung alter und moderner Meister (Diabe, Veil, Liebermann, Picasso, Pragonard u. a., Kollektionen von Wolf Kolditz und Auguste S. Pigewitz.

saurier nicht gelogen sein. Aber daß er nicht taumelnd wie eine Fledermaus, sondern in laulender geroder Fahrt flug, dafür spricht der ganze geordnete Habitus, Form und Bau der Wirbelsäule, die überaus große Wehrhaftigkeit mit der des Seglers zeigt. Auch Form und Größe des Kopfes sowie die Abstumpfung der Schnauze finden wir fast ganz so wie beim Mauersegler. Wie bei diesem Vogel hat der Kopf des Sauriers fest auf den Schultern gelassen, so daß vom Hals nichts zu erkennen war. Die große Fluggeschwindigkeit des Tieres machte einen langen Hals unmöglich. Große Augen waren nötig, damit der Saurier wie der Segler im Fluge die Insekten erblicken konnte, und ebenso brauchte er wie der Vogel eine breite stumpfe Schnauze zur Erbeutung dieser Nahrung. Die Hinterbeine dienen während des Fluges als Flugsteuer. Unbedingt muß unter Saurier, abgesehen von diesem Saurier im Flug, von seinen Beinen einen anderen Gebrauch gemacht haben als die Fledermäuse. Durch den Vergleich mit einigen springmausähnlichen Säugetieren kommt Döderlein zu der Ansicht, daß der Fuß zum Springen geeignet war. Man kann also annehmen, daß Anurognathus in der Ruhe in halber Aufrechter etwa so auf einer Felsplatte saß, wie es noch heute auf den Vogelbergen die Lummeln tun. Frohsich ist es, ob der Saurier zum Fluge mit den Füßen absprang. Das Bein des Sauriers weicht von dem des Frosches erheblich ab, ähnelt aber dem des Mauerseglers; er wird daher den eigenartigen Bau seiner Hinterfüße wohl durch den reichend schnellen Flug erworben haben, damit die Wucht des Bandens beim Anflug federnd aufgefangen werden konnte. Jedenfalls steht der neue Flugtaurier mit seiner dem Mauersegler ähnlichen Lebensweise unter seinen vorfindstulischen Verwandten einzig da.

Günter Hef, ein jugendlicher Tänzer, produzierte sich im Blüthner-Saal. Wenn in einer Kunst ein neuer Geist neue Formen geschaffen hat, ist stets eine Anzahl Mißläufer zur Stelle, die die Form sich zu eigen machen und damit auch den Geist erfassen zu haben meinen. Zuweilen gelingt es ihnen, geschickte Kompromisse zwischen dem Alten und dem Neuen zu schließen, und sie wirken dann verheerend auf den Geschmack eines ahnungslosen Publikums, das äußerlich effektvolle künstliche Promenadenmischungen von ernsthafter künstlerischer Kunst nicht unterscheiden kann. Meist aber sind es naive Halbdiatanten, deren Impotenz zu offensichtlich ist, als daß sie Schaden anrichten könnten. Zu dieser ungeschicklichen Gruppe zählt Herr Hef. Er hat sich drei oder vier rhythmische Bewegungsmotive im Bigman-Stil (auch Jacques-Dacrocce dümmert hier und da) angeeignet, mit deren Hilfe er 11 Tänze komponierte, phantastische, monotone Zwittemgebilde, die er in unzulänglicher Technik vorführte. Ob er irgendwelche tänzerische Begabung besitzt, würde sich erst erkennen lassen, wenn er eine grundlegende künstlerische Elementarstufe durchgemacht hat.

Entwürfe zu Lenin-Denkmalern. In Petersburg beschäftigen sich die meisten Künstler zurzeit mit Entwürfen zu Lenin-Monumenten. Die Entwürfe der Bildhauer Charlamow und Sinajski werden, dem Ost-Express zufolge, von der Kritik am meisten besprochen. Charlamow stellt Lenin, als Steuermann auf einem Schiff dar, dessen Steuer er nach links wendet; vor ihm steht Morg, der mit erhobener Hand die Fahrtrichtung weist. Charlamow stellt sein Monument auf der Moskwa-Brücke, die über die Rewa führt, aufstellen zu können. Sinajski hat ein Lenin-Standbild von

ingsaufklärung unter den gegebenen Umständen einen Ber-
fessungsbruch darstellen würde. Es handelt sich um eine
Meinung des Professors Goldschmidt, der aber die
Juristen im Vorkommensauschuss und andere im Reichstag nicht
begehrten sind.

Heute vormittag wird der Reichsbankpräsident Dr.
Sachs im Hauptauschuss des Reichstages über die
Goldkreditbank sprechen.

Die Berliner Kandidatenlisten.

Wir werden um Veröffentlichung nachstehender Erklärung
ersucht:

Wir erfahren aus dem „Vorwärts“ vom 7. d. M., daß sich auf
Veranlassung des Genossen Dittmann eine Wahlkommission aus
Reichstagsabgeordneten (die Namen werden nicht genannt) selbst-
berichtlich etabliert hat, um das „Resultat“ der Reichstagskandidaten-
listen für Berlin und Teilm-Beestow festzustellen. Das Ergebnis
dieser Reichstagswahlkommission für Berlin ist eine völlige Um-
kehrung der tatsächlichen Wahlergebnisse des Groß-Berliner Be-
zirksstages vom 2. März. Die Kandidaten der Fraktionsminderheit
werden wie folgt „herabgesetzt“: Kuffhäuser von 3. an 4.
Stelle, Breunig 4. an 3. Stelle, Adolf Hoffmann 3. an
5. Stelle, Dr. Löwenthal 4. an 5. Stelle, Kriete 5. an
7. Stelle. Die Kandidaten der Fraktionsmehrheit rücken wie folgt
auf: Bahm-Schuch von 4. an 3. Stelle, Richard Fischer
7. an 5. Stelle, Wäger 10. an 7. Stelle, Ryndel 10. an 3. (soll
wohl heißen: 4. Red. d. M.) Stelle.

Diese neue Reihenfolge deckt sich „zufällig“ mit der vom Parte-
vorstand und der Mehrheit des erweiterten Bezirksvorstandes auf-
gestellten Kompromißliste.

Da wir nicht gewillt sind, als Schachfiguren willkürlich
und unverantwortlich eingeführt Kommissionsen zu dienen, so er-
klären wir:

Die Listenwahl der Kandidaten von 3 bis 8 ist auf ausdrück-
lichen Beschluß des Bezirksrates vorangegangen worden, daß
die erlangte Stimmenzahl allein die Reihenfolge in der Liste be-
stimmt. Es ist deshalb abgelehnt worden, die Namen der Kandi-
daten mit besonderen Nummern für die Reihenfolge zu versehen.
Es ist also gar nicht möglich, heute aus den Stimmzettel irgend-
eine Nummerierung herauszufinden und die von Dittmann beliebige
Rechnung aufzustellen, selbst wenn einzelne Wähler entgegen dem
Beschluß Nummern beigefügt haben. Die ganze Rechnung im
„Vorwärts“ ist überhaupt nur aus folgender Tatsache ersichtlich: Der
Bezirksparteilang hatte zunächst eine gedruckte Kompromißliste
veröffentlicht, die eine dem rechten Flügel günstige Reihenfolge aufwies.
Diese Liste war aber ausdrücklich abgelehnt worden. Um nun bei
den Wahlen nicht alle Namen nochmals handschriftlich aufzeichnen
zu müssen, hatte der Bezirksrat beschlossen, die gedruckten Listen-
zettel aus der abgelehnten Kompromißliste für den gemeinsamen
Wahlzettel zu verwenden.

Die dort vorgedruckte Reihenfolge gibt also keinerlei Hin-
weis für die von dem einzelnen Wähler beabsichtigte Reihenfolge
der Kandidaten. Die Dittmannsche Reichstagswahlkommission bogen
benutzt jetzt jene maßlose Erleichterung, die mit der Verwen-
dung der gedruckten Namenzettel beabsichtigt war, dazu, eine Num-
merierung für die Kandidaten daraus zu konstruieren.

Wir legen gegen diese Entstellung des Wahlergebnisses und ihre
Veröffentlichung entschieden Verwahrung ein.
Berlin, 7. März 1924.

S. Kuffhäuser, Löwenthal, Breunig, Adolf Hoffmann.

Gegenüber dieser Erklärung bemerke ich kurz folgendes:

1. Auf meine Befürwortung beschloß der Bezirksparteilang, zu-
nächst für alle zehn Stellen auf jeder der beiden Listen Einzel-
abstimmung der Stimmzettel vorzunehmen, also Stelle für Stelle der
Reihe nach zu beschließen.

2. Sollte der Saal des Reichstages nicht um 4 Uhr geräumt
werden müssen, so wäre man auch für die Stellen drei bis zehn in
der gleichen Weise verfahren. Die Abweisung von dem erst ge-
schlossenen Beschluß erfolgte nicht aus Vorliebe für die kombinierte
Wahl, sondern weil man glaubte, wegen des Zeitmangels
keinen anderen Ausweg zu haben.

3. Nachdem sich die Unmöglichkeit ergeben hat, auf die ge-
schlossene Weise eine Liste aufzustellen, deren Zustandekommen und
Reihenfolge von jedem Wähler laufend und bewußt beeinflusst werden
kann, wird der Bezirksparteilang heute abend neu zusammen-
treten und in einer neuen Wahl ordnungsgemäß die Liste auf-
stellen.

4. Für diese neue Wahl ist es praktisch gleichgültig, ob
man das Resultat der Wahl vom letzten Sonntag so wie ich oder
so wie die vier Kandidaten beurteilt. Auch sie werden sicher nicht
den Eindruck erwecken wollen, als ob sie eine neue Feststellung des
Wahlergebnisses verhindern möchten.

5. Alle Parteigenossen, auch die Kandidaten, müssen
sich bewußt sein, daß die Partei nicht mit einer Richtungs-
liste, sondern nur mit einer gemeinsamen Liste beide Rich-
tungen, auf der auch der berechtigste Anspruch der
Frauen auf einen vorderen Platz berücksichtigt ist, in den Wahl-
kampf ziehen kann. Sie müssen bedenken, daß es leider beim besten
Willen nicht möglich ist, jeden einzelnen Kandidaten an eine von
vornherein absolut sichere Stelle zu setzen. Und daß jede, aber auch
jede überhaupt denkbare Liste bei keinem Parteigenossen, der einen
aber der anderen Richtung, eine völlig restlose Befriedigung aus-
lösen kann, weswegen eben nur eine schiedlich-friedliche Verständ-
igung möglich ist.
Wilhelm Dittmann.

Preußens Regierung an den Nuntius Pacelli

Der Preussische Ministerpräsident hat unter dem 5. März an den
päpstlichen Nuntius Erzbischof Dr. Pacelli in Berlin ein Schreiben
gerichtet, das, dem amtlichen Preussischen Pressedienst zufolge, folgen-
den Wortlaut hat:

„Die von dem General der Infanterie a. D. Ludendorff
in seiner Verteidigungsrede vor dem Volksgericht in München gegen
Seine Heiligkeit den Papst gerichteten Angriffe geben mir Ver-
anlassung, Euer Excellenz zum Ausdruck zu bringen, wie leb-
haft die Preussische Regierung die Ausfälle des
Generals gegen Seine Heiligkeit bedauert. Sie
bedauert sie um so mehr, als sie sich bewußt ist, wie un-
gegründet die Angriffe sind und wie sehr wir danken dem
heiligen Stuhl für seine Bemühungen um den Frieden und
die Wohlfahrt des preussischen Volkes während und nach dem
Kriege (Schluß).

Wenn es sich nun auch bei dem General Ludendorff um eine
reine Privatperson handelt, die als Angeklagter geniesst ist, alles
vorzubringen, was seiner Ansicht nach für ihn von Nutzen sein
könnte, so hält sich die Preussische Regierung bei den ausgezeich-
neten Beziehungen, deren sie sich mit dem heiligen Stuhl zu er-
freuen hat, gleichwohl für verpflichtet, ihr tiefes Bedauern
über das Vorhaben des Herrn Ludendorff auszusprechen.

Euer Excellenz wäre ich ganz besonders dankbar, wenn Sie
Schnell Heiligkeit die Auffassung der Preussischen Regierung über
den Vorfall zu übermitteln die Güte hätten.

Genehmigen Euer Excellenz die Versicherung meiner ausge-
zeichneten Hochachtung, mit der zu verbleiben ich die Ehre habe
Ihr sehr ergebener
gez. Braun.

Dieses Schreiben des Preussischen Ministerpräsidenten ist um so
bemerkenswerter, als die über 11 Millionen preussischer Katholiken,
die in ihrer staatsbürgerlichen Treue um nichts hinter ihren anders-
gläubigen Volksgenossen zurückbleiben, die Rede Ludendorffs nicht
nur gegen Walfan und katholische Kirche, sondern auch gegen sich
selbst und ihre staatsbürgerliche Ehre gerichtet
empfinden haben.

Die Reichstagsdebatte geht weiter.

In der Fortsetzung der politischen Aussprache im Reichstage
spricht über die Ernährungstage

Reichsernährungsminister Graf Ranft:

Die jetzige Sanierungskrise hat dazu geführt, daß noch immer
Hunderttausende von Deutschen hungern und ausschließlich auf die
Liebestätigkeit des Aus- und Inlandes angewiesen sind. Wir danken
für die großzügige Hilfe dem Ausland und ganz be-
sonders dem Papst (Beifall im Zentrum.) Aber auch die
Liebestätigkeit des Inlandes kann nicht hoch genug anerkannt
werden. Im vorigen Jahre sind im Durchschnitt allmonatlich
Lebensmittel für 1200 Kinder von der Landwirtschaft als Liebes-
gaben in die Städte geliefert worden.

Die Landwirtschaft leidet gegenwärtig unter einer Ertragskrise,

die sehr bald auch der ganzen deutschen Verbraucherschaft sehr emp-
findlich fühlbar werden wird. Der derzeitige Steuerdruck auf die
Landwirtschaft ist auch nach der Meinung des Finanzministers nur
ganz vorübergehend tragbar. Die Landwirtschaft muß aber
sehr vorübergehend schwere Opfer bringen, um die von ihr selbst
erzielte Rentenmarkt stabil zu erhalten. Die gestrigen gegen die
Goldkreditbank gerichteten abfälligen Bemerkungen kann ich
nicht billigen. Die Rentenbank allein kann die Kredit-
ansprüche der Wirtschaft nicht befriedigen. Die Landwirtschaft hat
das größte wirtschaftliche Interesse an der Goldkreditbank. Wir sind
sich sehr vor dem Ziel der wirtschaftlichen Erleichterung. Die näch-
sten Monate werden noch sehr schwer sein, aber die Landwirtschaft
und Finanzwirtschaft darf nicht vor dem Ziel den Kopf verlieren.
Die Landwirtschaft befindet sich im Uebermaß von der Scheinblüte
der Inflation zur normalen Wirtschaft. In der Steuerfrage
werde ich mich bemühen, den Uebergangscharakter des jetzigen
Steuerdrucks zu betonen. In der Kreditfrage läßt sich die
Reichsbank bei der Gewährung von Rentenbankkrediten nicht aus-
schließen, weil die Rentenbank keinen Kreditverteilungsapparat hat.
Die unerhörten Zustände mit den Debitsinken und Bankprovisionen
können so nicht weitergehen. Die Zwischeninstanzen zwischen Reichs-
bank und Kreditnehmer nehmen so hohe Zinsen, daß der

landwirtschaftliche Kredit mit 24 bis 30 Proz. verzinst werden muß.
(Hört, hört!) Das ist ein unmöglicher Zustand. Die Land-
wirte sollten auf ihre landwirtschaftlichen Kredit-
genossenschaften dahin einwirken, daß sie ihre Zinsen wesent-
lich herabsetzen und gleichzeitig ihren viel zu großen Verwaltungs-
apparat abbauen! (Beifallige Zustimmung.) Andererseits sollten sich
die Landwirte auch an den Verwaltungsapparat der Rentenbank wenden,
in dem 50 Proz. der Mitglieder Landwirtschaftsvertreter sind.
10 Proz. Zinsen für Rentenbankkredit sind auch noch zu hoch. (Sehr
richtig!) Der Bezug von künstlichen Düngemitteln hat
sich im letzten Monat beträchtlich gesteigert, obwohl die
Preise der landwirtschaftlichen Produkte sehr niedrig sind und
vor allem in einem Mißverhältnis zu den hohen Preisen der
landwirtschaftlichen Betriebsmittel stehen.

Wir sind sehr auf dem Wege der Besserung.

In der Frage des Schutzes der einheimischen Produktion gegen
die Ueberwucherung mit ausländischen Produkten will keine Partei
kurz vor den Wahlen den Reigen eröffnen. Ohne Zweifel muß aber
in absehbarer Zeit in irgendeiner Form Erleichterung
geschaffen werden. Die Frage wird akut, sobald wir nach dem Westen
wieder eine feste Wirtschaftsarena haben. Es ist untragbar, daß die
Industrie Schutzzölle hat, die Landwirtschaft dagegen nicht. Diese
rein wirtschaftlichen und sachlichen Fragen müssen mit vollendeter
Sachlichkeit und ohne parteipolitische Schlagwortpolitik gelöst werden.
Die Eisenbahntarife sind noch zu hoch, aber bei der gegen-
wärtigen Finanzlage der Reichsbahn kann man von ihr noch nicht
Gütertarife verlangen, die allen Anforderungen gerecht werden. Auch
hier kann nur eine Erleichterung auf dem Gebiet der Reparations-
besserung schaffen. (Abg. Schiele (Dnt.): Bis dahin sind wir ver-
hundert!) Auch ich bin der Meinung, daß wir verloren sind, wenn
nicht in den nächsten Wochen und Monaten die Reparationsfrage
berichtigt ist. Aber darum muß man an der Reparations-
frage arbeiten und darf nicht mit Schlagworten
darüber hinweggehen. (Sehr richtig!) Um die Nahrungs-
mittel zu verbilligen, muß die Zahl der Zwischenhändler ver-
mindert werden. (Beifällige Zustimmung.) Der deutschnationale
Abg. Thomsen hat in der „Allgemeinen Zeitung“ alle möglichen An-
griffe gegen mich gerichtet und mich für die ganze Agrarkrise ver-
antwortlich gemacht. Er hat sich da in ein Glashaus gegeben, das
Lebenslicht mit einer nicht geruchlosen Kalkglase hat. (Gr. Heiter-
keit.) Die deutschnationale Volkspartei sollte doch kurz vor dem
Wahlkampf lohnendere Ziele haben. (Heiterkeit.) Die Ernährungs-
und Agrarfragen müssen ohne parteipolitische Vor-
genommenheit behandelt werden. Die gegenwärtige Auswan-
derungslust bei den Landwirten ist erschreckend. Sie hungern
noch nicht; aber wenn sie erst hungern würden, dann wäre auch

unsere ganze Volksernährung vernichtet. Verbraucher und Erzeuger
sind unlosbar verbunden mit der Prosperität der deutschen Scholle.

Die Verbraucherschaft hat mit größtem Heroismus diesen Winter
überstanden.

in dem es oft überhaupt kein Brot gab. Darum ist es Pflicht der
ganzen Wirtschaft, auch der Landwirtschaft, die
jetzige schwere Krise mit erhobenem Haupt zu übersteigen. (Beifälliger
Beifall.)

Abg. Dr. Fischer (Dem.)

erklärt in den Reden der Opposition den Beweis dafür, daß der Weg
des Ermächtigungsgesetzes zur Ueberwindung der gegenwärtigen
Schwierigkeiten der richtige gewesen ist und verlangt, daß der Reichs-
tag auch für die Notverordnungen der Regierung trotz mancher Be-
denken die Mitverantwortung übernimmt, indem er seine Auf-
hebungsanträge stellt. Hinter den Anträgen der Opposition stehe
kein positiver Aufbauwille, sondern nur die zersetzende negative
Kritik. Die sozialdemokratischen Anträge könnten die Währungs-
wirtschaft gefährden.

Wenn die Behandlung fortgeschritten, werde man allerdings einem
Teil der Anregungen folgen können.

Der schematische Abstimmungsabend könne nicht wiederhergestellt
werden, denn die Wiederherstellung sei eine wesentliche Voraussetzung für
die Reubelebung der Wirtschaft.

Abg. Dr. Vegetle (Bayer. Sp.)

tritt für eine föderalistische Umgestaltung der Weimarer
Verfassung ein. Die letzte Rede des demokratischen
Abgeordneten Koch habe in ihrer unitaristischen Tendenz das
nötige Verständnis für den

Staatsgedanken der Länder

vermissen lassen. Die von ihm gewünschte „vernünftige Dezentra-
lation“ sei grundsätzlichen von der Einzelstaatlichkeit
Bayerns, die die Bayerische Volkspartei erstrebe. Die föderalistische
Bewegung in Bayern sei kein Kunstprodukt, sondern wurzele tief
im bayerischen Volkssinn. Verfassungen sollen nicht alle Tage
geändert werden, aber sie dürfen auch nicht erstarren, wenn sie den
politischen Strömungen des Volkes nicht mehr entsprechen. Die
Bayerische Volkspartei hat nichts mit dem Hitler-Putsch zu
tun und hat die Bestrebungen dieser Kreise stets zurückgewiesen. Die
schärfste Zurückweisung verdienen die Angriffe Ludendorffs
gegen den ferndeutschen Dr. Heim, der niemals mit separatistischen
Plänen etwas zu tun gehabt hat. Ludendorffs Einstellung gegen
die Bayerische Volkspartei ist darauf zurückzuführen, daß ihm das
Augenmaß für die großen politischen Probleme fehlt. Die Richtlinien der bayerischen Regierung zur Verfassungs-
reform entsprechen den Bedürfnissen, die sich aus der praktischen
Anwendung der Weimarer Verfassung ergeben haben. Die
Deutschnationalen zeigen sich in manchen von ihren An-
trägen als Bundesgenossen bei unseren Bestrebungen. Viele
bedauern, daß sich Bayerische Volkspartei und Zentrum getrennt
haben; aber unter den heutigen Verhältnissen werden wir weiter
getrennt kämpfen müssen. Für die Zukunft hoffen wir auf ein ver-
ständnisvolles Zusammenarbeiten.

Reichswirtschaftsminister Dr. Hauni

Die Rechtfertigung der Steuernotverordnung und der übrigen
in Einzelheiten vielleicht anfechtbaren Verordnungen liegt darin, daß
sie unbedingt notwendig sind, um die Stabilität der
Rentenmarkt und eine gewisse Sicherheit der Wirt-
schaft zu gewährleisten. Es ist nicht zu leugnen, daß manche
steuerlichen Belastungen die Wirtschaft über Gebühr belasten; aber
die Wirtschaft muß diese Last tragen in dem Bewußtsein, daß

eine neue Inflationsteuer noch viel schlimmere Wirkungen

haben könnte. Wir müssen eine aktive Handelsbilanz anstreben;
gegenwärtig zeigt unsere Handelsbilanz wieder eine Neigung zur
Passivität. Mit der Aushebung der Einfuhrzölle unter gleich-
zeitiger Ermäßigung zur Neuregelung der Zölle haben wir ein
Mittel in der Hand, ohne eigentliche Zwangsmaßnahmen die Preise
zu beeinflussen. Gegen die Uebersteigerungen der Devisen-
gebung werden wir mit aller Strenge einschreiten, auch im Interesse
des soliden Bankgewerbes und der Wirtschaft. Wir brauchen jetzt
im Interesse der Währungsstabilität billige Preise. Die notwendige
Steigerung der Produktion muß begleitet sein von einer Einschrän-
kung der unproduktiven Verarbeiterei. Wirtschaftsfragen dürfen
nicht vom Gesichtspunkt der Parteipolitik aus behandelt werden.

Abg. Bary (Komm.): Alle Redner der Parteien und der Re-
gierung haben bisher diese Debatte dazu benutzt, um Wahl-
propaganda zu treiben. Mit dem Ausnahmezustand und mit
der Soldateska der Republik wollte man das Proprietariat nieder-
knüppeln. Die Arbeiterschaft wird darauf bei den Reichstagswahlen
die Antwort geben.
Um 9 Uhr vertagt sich das Haus auf Montag 2 Uhr.

Neuer Franksturz.

Starke Zunahme des französischen Notenumlaufs.

Paris, 7. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Veröffentlichung
des Notenumlaufes der Bank von Frankreich, der eine ungewöhnlich
starke Zunahme des Notenumlaufs aufweist, hat einen neuen beträch-
lichen Sturz des Frank zur Folge gehabt. Das englische Pfund
hat am Freitag einen neuen Rekordstand von 113,03 gegen 106,60,
der Dollar einen solchen von 26,25 gegen 24,76 am Donnerstag er-
reicht. Die Abwärtsbewegung des Frank hat damit ein Tempo an-
genommen, das der Weiterentwicklung des französischen Devisen-
kurses verhängnisvoll zu werden droht.

Die Bilanz der Bank von Frankreich läßt bereits jetzt
keinen Zweifel mehr darüber, daß Frankreich unmittelbar vor dem
kritischen Augenblick steht, wo die Inflation, die man bisher
mit allen Mitteln zu verhindern versucht hat, nicht mehr auf-
zuhalten ist. Der Notenumlauf hat in der abgelaufenen Woche
eine Zunahme von nicht weniger als 921 Millionen erfahren. Der
Betrag von 40,2 Milliarden, der heute an Noten sich im Verkehr be-
findet, ist bereits fast an der Grenze des der Bank gesetzlich zu-
gestandenen Rechtes in Höhe von 41 Milliarden. Dazu kommt, daß
auch der Staat mit 23,3 Milliarden Vorschüssen die Höchstgrenze
des Kredites, den einzutragen das Zentralnoteninstitut überschreitet
ist, bis auf 100 Millionen in Anspruch genommen hat. Das von
Woche zu Woche sich steigende Geldbedürfnis der Finanzverwaltung
läßt den Zeitpunkt nähergerückt erscheinen, wo keine andere Wahl
mehr vorhanden ist, als die bisher mit Recht gefährdete Inanspruch-
nahme der Notenpresse.

London, 7. März. (Eigener Drahtbericht.) An der heutigen
Börse wurde das Pfund gegenüber dem französischen Frank offiziell
mit 111,75 Frank notiert.

Berichtigung. Herr Paul Schindler, der frühere Vorsitzende
der SPD. in Berlin und zweite Vorsitzende der USF. in Berlin,
steht in einer Zuschrift an uns fest, daß er mit dem Referenten der
„Darpa“-Versammlung nichts zu tun habe und daß er keiner
politischen Organisation angehöre. Herr Axel Schindler, der Re-
ferent in der Gründungsverammlung der „Darpa“, ist als eine
Berichtigung, nach der er niemals Mitglied der kommunistischen
Partei gewesen ist.

Englands Luftverteidigung.

London, 7. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Budgetvoran-
schlag für die Luftmarine ist am Freitag in London veröffentlicht
worden. Er zeigt eine Erhöhung um 2.500.000 Pfund gegenüber
dem Vorjahre. Der Luftminister erklärte, daß diese Erhöhung
dem Bedürfnis nach vermehrtem Schutz Englands gegen
Luftangriffe Rechnung trage. Acht neue Luftgeschwader sollen im
laufenden Jahre gebaut werden.

Ueber die Verstärkung der britischen Luftkräften und über die
neuen Kredite zum Bau von 18 neuen Luftgeschwadern für die
erste Staffel äußerte sich Lord Thompson, der Luftminister,
daß die Gesamtzahl der britischen Luftfahrzeuge für die erste
Staffel damit auf 650 gebracht wird. Frankreich habe bereits 1300
Flugzeuge und würde durch die Ausführung seines Luftkräften-
programms bis zum Jahre 1926 über 2000 erreichen. Das Per-
sonal der Luftkräfte werde zunächst um 2000 Offiziere und Mann-
schaften erhöht werden. Die gegenwärtige Luftflotte Eng-
lands habe für die Heimatverteidigung nur 7 Geschwader. Weitere
6 Geschwader seien in Indien, 8 im Irak (Mesopotamien) und
8 dazu bestimmt, mit der Marine zusammen zu wirken. Jedes Ge-
schwader bestehe aus 12 Maschinen. Gleichzeitig werde Craydon
zum größten britischen Lufthafen entwickelt und die Summe von
35.000 Pfund der Zivilfliegerei überwiesen werden. Zur Or-
ganisation der Verteidigung würden verschiedene Gebiete an der
Süd- und Ostküste als Barrieren gegen einen Luft-
eindbruch bezeichnet werden. Lord Thompson erklärte ferner,
daß durch diese Verteidigungsmaßnahmen die

numerische Ueberlegenheit Frankreichs nicht beseitigt

würde. Möglicherweise würde eine weitere Verstärkung der
britischen Luftkräfte notwendig werden, aber die Arbeiter-
regierung hoffe, daß die Ausschüsse auf ein Uebereinkommen
zur Beschränkung der Luftkräften eine weitere Erhöhung
der Luftausgaben unnötig machen werde.

Im Verlaufe der innerpolitischen Interpellationsdebatte ergriff
Poincaré gestern in der Kammer das Wort zu einer langen
Rede, in der er das Werk des Rationales Bledes verteidigte. Es
kam dabei zu wiederholten Zwischenfällen; Poincaré sandte am
Schluß der Sitzung sogar seine Zeugen dem bonapartistischen Ab-
geordneten De Troost de Vernaay.

Prinzenernennungen aus der Türkei. Die Bringen und Prin-
zessinnen haben den Befehl erhalten, die Türkei binnen 48 Stunden
zu verlassen.

Für den Achtstundentag!

Untersuchung über die Arbeitsleistung in der Glasindustrie.

Die Bekämpfung des Achtstundentages durch die Unternehmer entbehrt der sachlichen Begründung und Ueberlegung. Die anfänglich ungünstigen Ergebnisse in Deutschland sind darauf zurückzuführen, daß der Uebergang zur achtstündigen Arbeitszeit in der Hauptsache nicht vorbereitet war, daß die Arbeitnehmer psychisch und physisch erschöpft aus dem Kriegszustande herausgekommen waren, weiter aber, daß den Unternehmern vielfach die Möglichkeit fehlte, meist aber auch nur der gute Wille, ihre Betriebe durch technische und organisatorische Verbesserungen auf den Achtstundentag umzustellen. Der Kampf, der sich gegenwärtig abspielt, ist ein wirtschaftspolitischer Machtkampf der Unternehmer, in dem sachliche Argumente nicht gewürdigt werden. Geradezu sträflich wäre aber die Auffassung, als ob die deutsche Industrie durch längere Arbeitszeit und niedrigere Löhne den Auslandsmarkt erobern könne. Gelänge es nicht der deutschen Arbeitnehmerschaft, in günstigerer Konjunkturperiode wieder auf die Höhe zu stellen, was jetzt auf den Kopf gestellt wird, dann würde das Unternehmertum im Auslande ebenfalls zur Beseitigung des Achtstundentages übergehen. Die deutschen Unternehmer hätten dabei nichts gewonnen, die Arbeitnehmer aber würden noch weiter in der Kultur zurückgedrängt als es durch den Weltkrieg ohnehin geschahen ist.

Eine Untersuchungskommission über die Ermüdung bei industrieller Arbeit in England hat soeben ihren Bericht veröffentlicht über die

Wirkungen der Arbeitszeitverkürzung

in der Glasindustrie nach dem Kriege. Den Pressemitteilungen des Internationalen Arbeitsamts, Amt Berlin, entnehmen wir hierüber:

Die Kommission hat ihre Erhebung auf den Bezirk Northshire beschränkt, wo die Arbeitsdauer im Juli 1919 verändert wurde. Der Arbeitstag, der vor dem aus je zwei Zehnstunden-Schichten bestand, wurde in der Folge in drei Schichten zu je acht Stunden eingeteilt. In beiden Fällen wurden die Arbeiter nach Leistung bezahlt. Die Berichterstatter erklären, daß sie sich nur auf ganz zuverlässige Unterlagen stützten, durch keinerlei äußere Einflüsse gehemmt, die der Genauigkeit schaden könnten.

Aus der Untersuchung geht hervor, daß die Arbeitsleistung der Flaschenbläser auf Grund der Arbeitszeitverkürzung verhältnismäßig zugenommen hat, ohne daß jedoch die Leistung der Achtstundenschicht die der Zehnstundenschicht erreicht hat. In drei von der Erhebung berührten Betrieben wurde festgestellt, daß die Leistungssteigerung bei der Herstellung großer Flaschen bedeutend größer war, als bei den kleineren Flaschen. Die Berichterstatter schließen daraus, daß die starke Muskelarbeit eine Ermüdung hervorruft, die vermindert werden kann durch eine Beschränkung der Arbeitszeit, während die Ermüdung, die durch regelmäßige komplizierte Handlungen entsteht, auf diese Weise nicht in gleichem Maße vermindert werden kann.

Die Menge des verdorbenen Glases war bei der Herstellung der kleinen Flaschen etwas geringer, während sie bei den großen zugenommen hat. Das gefordert zu folgern, daß die

Steigerung der Stundenleistung

nicht nur durch die Abnahme der Ermüdung erzielt wurde, sondern teilweise auch durch den natürlichen Wunsch des Arbeiters, im verkürzten Arbeitstag dasselbe zu leisten wie vorher, um seine alte Lohnhöhe zu erreichen.

Eine einzige Fabrik war in der Lage, statistische Unterlagen über die Zahl der verlorenen Arbeitsstunden bei dem einen und dem anderen System zu liefern. Aus diesen geht hervor, daß beim Dreischichtensystem die Zahl geringer ist als beim Zweischichtensystem.

Die gesamte Tagesleistung war beim Dreischichtensystem bedeutend höher als beim anderen, weil dabei die Produktionsmittel während 24 Stunden ausgenutzt werden, während sie beim Zweischichtensystem nur 20 Stunden in Tätigkeit sind.

Die Berichterstatter haben festgestellt, daß

Die Nacharbeit für die Männer

nicht anstrengender ist als die Tagarbeit. Die Leistung der Nachschicht ist immer größer als die der Früh- und Mittagschicht ein geringes der Nachmittagschicht.

Die Leistung schwankt den Jahreszeiten entsprechend und ist im Winter größer als im Sommer.

Der Ausschuh hat erklärt, daß man eine eingehende Erhebung durchführen sollte über die Wirkung der Temperatur auf die Arbeitsleistung, um die wirksamste Methode der künstlichen Belüftung ausfindig zu machen. Sie hat auch vorgeschlagen, Erfahrungen zu sammeln, wie man durch Abwechslung der Arbeit für die Schichten

die Ermüdung herabsetzen

kann. Gegenwärtig hat jeder Arbeiter während der ganzen Schicht dieselbe Arbeit. Die Aufgabe der Abfüllung des flüssigen Glases in die Töpfe ist zweifellos die anstrengendste Arbeit und infolgedessen hängt die Leistung sehr stark von dem Arbeiter ab, der sie auszu-

führen hat. Die Berichterstatter glauben, daß die Ermüdung bedeutend verringert werden kann, wenn die Arbeiter sich abwechseln. Bei manchen aufeinanderfolgenden Arbeiten können die Arbeiter sitzen, so daß man sie im Arbeitsgang von einer stehenden zu einer sitzenden Arbeit leiten könnte, was für die Arbeiter eine Art von Ruhe bedeuten würde.

Die Durchführung des Achtstundentages liegt unstreitig auf der Linie der Steigerung und der Verbesserung der Produktion. Sie bildet den Antrieb zur rationellsten Betriebsweise. Wenden die Unternehmer ihre Anstrengungen diesem Ziele zu, anstatt der Beseitigung des Achtstundentages, dann würde es heute schon mit ihrer Leistungsfähigkeit besser bestellt sein als jetzt und die ganzen Arbeitszeitkämpfe, die bisher und fernerhin um den Achtstundentag geführt werden müssen, blieben unserer Wirtschaft erspart.

Zehnstundentag in den Krankenanstalten.

Die Reichsregierung hat auf Grund des Ermächtigungsgesetzes am 1. April in Kraft tretende Verordnung erlassen, welche bestimmt, daß die Arbeitszeit des Krankenpflegepersonals wöchentlich 60 Stunden, ausschließlich der Pausen, betragen darf und die tägliche Arbeitszeit in der Regel 10 Stunden nicht überschreiten soll. — Der Gemeindearbeiterverband vertritt den Standpunkt, daß trotz dieser Verordnung längere Arbeitszeiten durchaus zulässig sind und daß Tarife, die eine kürzere Arbeitszeit vorsehen, nicht ohne Kündigung aufgehoben werden können.

Gegen die Verordnung und ihre drohende Durchführung in den Berliner Kranken- und Pflegeanstalten nahm am Mittwoch eine vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einberufene, sehr stark besuchte Versammlung des Pflegepersonals Stellung. Der Referent Rochowski betonte, daß der seit dem Jahre 1919 in den Berliner Krankenanstalten bestehende Achtstundentag sich durchaus bewährt habe, was auch von allen wirklich Sachverständigen anerkannt sei. Wenn auch von manchen Seiten aus angeblichen Sparmaßregeln gegen den Achtstundentag Sturm gelaufen sei, so sei es doch bis jetzt möglich gewesen, ihn aufrechtzuerhalten. Auch jetzt werde sich das Pflegepersonal mit aller Kraft gegen den Zehnstundentag wehren. Die Notwendigkeit einer Verlängerung der Arbeitszeit bestehe nicht. Lediglich Rücksichten auf den Etat seien für den Abbau des Achtstundentages maßgebend, denn mit der Verlängerung der Arbeitszeit werde gleichzeitig der Abbau des Personals durchgeführt. Der Magistrat habe eine Sitzung mit den Direktoren der Krankenanstalten abgehalten. Da sei zum Ausdruck gekommen, daß das Personal in den verschiedenen Anstalten um 10 bis 20 Prozent abgebaut werden soll. Die Kündigungen seien bereits erfolgt, ohne daß die gesetzlichen Vertreter des Personals gehört worden seien. Da die Regierungsverordnung den Magistrat nicht verpflichtete, in seinen Anstalten den Zehnstundentag einzuführen, so appellieren die Pfleger an den gesunden Sinn der arbeiterfreundlichen Stadtverordneten, von denen sie erwarten, daß sie für die Aufrechterhaltung des Achtstundentages eintreten.

Stadtverordneter Genosse Heitmann gab die Erklärung ab, daß die sozialdemokratische Fraktion auf dem Standpunkt stehe, der Achtstundentag müsse den Gemeindearbeitern erhalten bleiben. In diesem Sinne werde die Fraktion auf den Magistrat einzuwirken versuchen.

Der kommunistische Stadtverordnete Rintorf sagte, er könne nicht versprechen, daß die Stadtverordnetenversammlung die Forderung des Pflegepersonals erfüllen werde. Er fordere die Interessenten auf, wenn die Angelegenheit im Stadtverordnetenparlament zur Sprache komme, vor dem Rathaus und auf der Tribüne zu demonstrieren.

Nach einer längeren Diskussion, in der sich alle Redner gegen die Verlängerung der Arbeitszeit aussprachen, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, welche im wesentlichen sagt, daß die Versammlung die Absicht des Magistrats, den Zehnstundentag und eine mehrstündige Dienstbereitschaft einzuführen, entschieden zurückweise. Nach der Regierungsverordnung dürfe der Zehnstundentag eingeführt werden, aber er müsse es nicht. Von Dienstbereitschaft sei in der Verordnung keine Rede. In dieser Hinsicht gehe also der Magistrat noch über die Verordnung hinaus. Des sei ein arbeiterfeindliches Vorgehen. Von der Stadtverordnetenversammlung werde erwartet, daß sie den Magistrat in seine Schranken zurückweise.

Sozialpolitik der Zechenbesitzer.

Die Angestellten des Ruhrbergbaues wenden sich in einer Zuschrift an die Presse gegen die Vereinspolitik der Zechenbesitzer. Der am 15. Februar gefällte Schiedsspruch für die Gehälter der technischen Bergbauangestellten brachte einen Gehaltsabbau von etwa 40 v. H. gegen die Gehälter im Monat Dezember. Der Zechenverband lehnte trotz dem den Schiedsspruch ab und zahlte für den Monat Januar und Februar Gehälter, die 50—60 v. H. unter den Dezembergehältern liegen. Den von ihm nicht anerkannten Schiedsspruch versuchte der Zechenverband gänzlich zu beseitigen. Er hat das Tarifverhältnis vom 1. April gekündigt. Die Angestelltenver-

ände wurden zu neuen Verhandlungen am 7. März geladen. Auch in bezug auf die sozialen Leistungen verfolgt der Zechenverband die gleiche Politik. Er lehnt jede sogenannte Mehrleistung kategorisch ab, so daß die Angestellten trotz der hohen Beiträge zur Sozialversicherung, die monatlich ungefähr 24 M. betragen, auf Krankenkuren und Arznei in Krankheitsfällen keinen Anspruch haben. Alle Angestellten, die über das neue System sich unzufrieden äußern, werden rücksichtslos entlassen.

Einheitsfront mit Pistolen und Gummiknüppeln.

Aus Detmold i. B. wird uns geschrieben: Am 19. Februar sollte hier die Generalversammlung der Filiale des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes stattfinden. Die Reue der Drisoerwaltung stand auf der Tagesordnung. Um die Drisoerwaltung in ihre Hände zu bekommen, organisierten die Kommunisten Stöcktrupps, welche die Kontrolle einfach gewalttätig durchbrachen und auf diese Weise den großen Schützenhausaal bis auf den letzten Platz füllten.

In der Versammlung kam es zu wüsten Szenen. Nicht wiederzugebende Reue wurden der Verbandsleitung zugerufen. Den Höhepunkt der Verwilderung erreichten die kommunistischen Herden jedoch erst außerhalb des Saales, im Dunkel der Nacht. Die Versammlung ging resultatlos und unter Tumult auseinander. Auf dem Nachhausewege wurde der Geschäftsführer, Genosse Martin, von acht bis zehn Gestalten überfallen und mit einem wuchtigen Schlag auf den Kopf zu Boden gestreckt, so daß er bewußtlos liegen blieb. Der Bewußtlose wurde dann mit Gummiknüppeln und Stöcken bearbeitet. Beim Wiedererwachen setzte man ihm eine Pistole auf die Brust und bedrohte ihn mit den Worten: „Dich Hund schiefen wir nieder“ mit dem Tode. Ein zufällig von irgendeiner Seite abgegebener Pfiff veranlaßte die wütenden Geleuten, von ihrem Opfer abzulassen und die Flucht zu ergreifen. Einem Begleiter des Genossen Martin erging es nicht viel besser.

So arbeiten die Kommunisten für die „Einheitsfront“. Der Verband hat die nötigen Schritte eingeleitet, um der rohen Geleuten habhaft zu werden.

Die Inflation in Belgien.

Die Entwertung des Franken führt zur Steigerung der Lebensmittelpreise, so daß die Arbeiter gezwungen sind, höhere Löhne zu fordern. Seit Wochen streiken die Bäcker. Die Schiffszimmerer sind ebenfalls in den Streik eingetreten. Sie fordern den fünf- bis Sechsfachen des Friedenslohnes. Die Arbeitgeber wollen die Stundenlöhne erhöhen, doch nicht den Tagelohn, d. h. mit anderen Worten, die Arbeiter sollten zu längerer Arbeitszeit gezwungen werden. Die Metallarbeiter im Antwerpener Hafen müssen außer einer Lohnerhöhung noch erst die Anerkennung ihrer Gewerkschaft fordern. Die Unternehmer wollen nur mit „ihren“ Arbeitern, nicht aber mit deren Gewerkschaft verhandeln. Das Personal der Dampfbahn hat den Streik beschlossen, wenn die geforderte Lohnerhöhung nicht bewilligt wird. Auch die Schneider fordern gleich anderen Berufsgruppen Lohnerhöhung.

Achtung! Metallarbeiter! In der „Morgenpost“ sucht die Firma van Berkel u. Co., Frankfurter Allee 13, Metallarbeiter. Diese auf einmal neugegründete Firma besteht seit zwei Jahren und hat am Sonnabend, den 1. März, sechs Kollegen gemahregelt. Die Belagshaft steht im Abwehrstreik. Holtet Zugang fern. Hebt Solidarität!

In Ludwigshafen a. Rh.-Oppau wird „der heiße Kampf“ in der Badischen Anilin- und Sodafabrik weitergeführt. Etwa 1000 Mann drängen gestern in das Werk ein, das von der Gen darmarie wieder geräumt wurde. Der Haupteingang zum Fabrihof wird von französischer Infanterie bewacht. Auch auf den Straßen kreuzten des französische Militär die Anstalten. Der Kampf würde in Ruhe und so mit Aussicht auf Erfolg geführt, wenn die Kommunisten nicht wieder die Hände im Spiel hätten.

In Polen werden 114 000 Arbeitslose gezählt, das sind 12 Proz. der gesamten Arbeiterzahl.

Verantwortlich für Text: Carl Reuter; Wirtschaft: Felix Salernus; Gewerkschaftsbewegung: A. Salern; Neuigkeiten: A. A. Böcher; Politik und Sonstiges: Felix Salern; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, Stern 2 Verlag.

Schulfedern bedeutend im Preise ermäßigt. Fragen Sie nach Mico und Feder 270

Heintze & Blanckertz

M. SCHULMEISTER

Hochbahnstation Kottbuser Tor

Straßen-Anzüge

№ 51, -42, -54, -60, -75, -84, -98

Einsparungs-Anzüge von 25,- an

Das Dreieck
ist in den Kreisen
anspruchsvoller Raucher
wohlbekannt

W. F. H. H. H.

Güßstoff ist ein recht beachtenswertes Genussmittel, weil er das Bedürfnis nach süßem Geschmack zu befriedigen vermag. Man verwendet ihn zweckmäßig zusammen mit Zucker, um diesen zu sparen. Der Genuss von Güßstoff ist gesundheitlich unbedenklich — so urteilt ein bekannter Wissenschaftler auf dem Gebiete des Ernährungswesens.

Erdkäslich in Kolonialwaren, Drogenhandlungen und Apotheken.

Der Soziologe Werner-Rauhsch spricht über

Justizirrtümer

Eine Aufklärung über die gesetzliche Rehabilitation vom sozial-ethischen Gesichtspunkt ist von höchstem politischen Interesse für die kommenden Reichstagswahlen

Dienstag, 11. März, abds. 8 Uhr, im großen Saale d. Lehrervereinshauses, Berlin C, Alexanderstr. 41

Kaplan-Kaulabak unerreicht im Wohlgeschmack. Nur echt mit Firmenstempel. In den meisten Geschäften käuflich. Für Wiederverkäufer durch C. Röcker, Berlin, Lindenstr. 21 (Tel. 361)

Quittungs-Marken 361 42 Jahre Spezialität Conrad Müller, Schkeuditz-Lalze.

Neu eröffnet!

Möbel-Speicher

135 Große Frankfurter Strasse 135

Komplette Wohnungs-Einrichtung mit Küche und Teppich 495,-, Herren-, Speise-, Schlafzimmer, Küchen, Klub-, Garnituren, Einzelmöbel, Engros-Preise.

Teilzahlung gestattet!

Allgemeine Verstranckung Berlin-Pankow.

Siehe! geben wir die an, daß mit dem heutigen Tage ein Kaminatorium zur Wohnung u. ein Kaminatorium in den Kaminräumen, Breite Str. 14, eingerichtet ist — Speisezimmer noch möglich von 9 bis 1 Uhr vorm. außerdem Kamin und Kaminraum von 4 bis 5 Uhr nachm.

Berlin-Pankow, den 5. März 1924.

Der Vorstand.
C. Gült, Vorsitzender.

Neue

Haare

Medizinisch schon wieder Helber's Haarrestmehl - „Jalost“ mit Wunder nach 3maligem Einreiben. Es lauten viele Erfahrungsberichte 275 und 28 175. In Drogerien, sonst bei Otto Reichel, S. ein 48 SO, Eichenbalkstr. 4.

„Ein neuer Geist“ Dies ist der Verdienst des Helber'schen Erfinders und

Erfinder ratis geg. Rückpr. F. Erdmann & Co., Berlin, Eichenbalkstr. 4.

Die Gewässer Berlins.

Die Spree.

Die Zeit, in der sich die Spree rühmen konnte, der einzige Fluß zu sein, an dem Berlin liegt, ist jetzt vorüber. Seitdem die Gemeinde Groß-Berlin entstanden ist, teilen sich noch zwei andere Flüsse, die Dahme und die Havel, in diesen Ruhm. Aber doch ist die Spree der Fluß geblieben, an dem das alte Berlin liegt abgesehen von der Panke, die nicht als Fluß, sondern als Fluß zu betrachten ist.

Das Gebirgskind.

Die Quellen unserer Spree liegen hart an der Reichsgrenze, in dem Gebirge, das Sachsen von Böhmen scheidet; einige Quellbäche kommen sogar aus dem Ausland, aus Böhmen. Etwas unterhalb des Dorfes Obersiebenbrunn im Freistaat Sachsen vereinigen sich die Quellflüsse zu der hier etwa 5 Meter breiten Spree. Von Ost nach West fließt sie unter Fluß in mannigfach gekrümmten Lauf durch die Granitmassen der Hochfläche von Baugen. Zahlreiche Windungen und Krümmungen des Flusses durchfurchen das Gebirge; nicht selten fließen sich mächtige Felsgruppen dem Lauf in den Weg. Jedoch auch freie Buchenründe durchfließt die Spree in diesem Teil ihres Laufs. Hier erreicht sie das wendliche Sprachgebiet, in dem sie von Biederitz bis Lübben bleibt. Hart am Fluß, auf dem hohen Talrand des rechten Ufers, liegt die alte Stadt Baugen, das Budyšin der Wenden. Das Spreetal ist hier tief eingeschnitten. Fußabwärts fließt die Spree etwa 4 Kilometer lang zwischen steilen und nackten Felswänden hin. Bei Nieder-Burig durchbricht sie in einer 13 Meter breiten Spalte das Gebirge und hat jetzt nach 50 Kilometer lanem Lauf das Tiefland erreicht. Die Spalte von Nieder-Burig liegt über 300 Meter tiefer als die Quellen der Spree. — Hinter dem Dorf Jerre erreicht die Spree die Grenze der Mark Brandenburg. Trattendorf ist der erste Ort auf märkischem Boden am Ufer der Spree. Hier beginnt eine der starkstromerreichsten nach Berlin, die den elektrischen Strom aus den Braunkohlenbergwerken dieser Gegend empfangen. Kurz darauf kommt unser Fluß zur alten Stadt Spremberg, einem wichtigen Industriestadt mit vielen Tuchfabriken und Spinnereien; auch eine Webshule befindet sich hier. Spremberg soll der geographische Mittelpunkt des Deutschen Reichs sein. Das Spreetal ist hier sehr schmal; über 30 Meter hohe Talwände säumen es ein. Die Spree durchbricht hier den sauischer Grenzwall der die Niederlausitz im Norden von der Oberlausitz im Süden scheidet, und fließt nach Rottbus, ebenfalls einem industriereichen Ort der Niederlausitz; auch hier blüht besonders die Tuchfabrikation.

Der Spreewald.

Unterhalb Rottbus teilt sich die Spree in viele Arme, die das Gebiet des Spreewalds umfließen und durchziehen. Der Spreewald ist von einer solchen landschaftlichen Eigenart, wie sie ein zweites Mal in Deutschland nicht wieder vorkommt. Bruchwälder und Wiesen, von den unzähligen Spreearmen und Kanälen bewässert, wechseln miteinander ab. Dazwischen die uralten Wendenhöfe mit ihren Blockhäusern. Die Eigenarten des Spreewalds sind alljährlich viele Naturfreunde aus den Großstädten, besonders Berlin und Dresden, zu sich. In den abgelegenen Winkeln des Spreewalds hat sich noch ein Rest ziemlich unveränderten wendischen Volkstums erhalten mit seinen Besonderheiten in Sitten und Gebräuchen, Sprache und Trachten. Lübbenau ist der Hauptort des Oberspreewalds, der sich bis Lübben erstreckt. Das ganze Gebiet liegt im Zuge eines alten eiszeitlichen Urstromtals, des Glogau-Parubier. Unterhalb Lübben tritt die Spree in den Unterspreewald ein, der nicht so ausgedehnt ist wie der Oberspreewald, aber an Schönheit mit diesem weiteilt. Vom Neuenortler See fließt die Spree an Rossenblatt vorbei zum Schwielochsee und weiter zur alten Stadt Beeskow. Bei Reubritz erreicht die Spree das Barthaun-Berliner Urstromtal, in dem sie bis zu ihrer Mündung verbleibt. Hier geht der Müllroser Kanal ab, der die Verbindung mit der Oder herstellt. Nun fließt sie in dem mehrere Kilometer breiten Urstromtal in nordwestlicher Richtung weiter zur alten Bischofsstadt Fürstentum. Auf dem Südufer liegen die Neuenhain Berge mit den Markgrafenschlössern. Weiter geht es durch ausgedehnte Kiefernwälder. Bei Groß-Tränke zweigt der Ober-Spreekanal ab, der nach Schmiedewitz zur Dahme führt. Er

verkürzt den reich gewundenen Lauf der Spree um ein beträchtliches Stück. Dann kommt Hangelberg; unser Fluß ist jetzt im Gebiet des Berliner Ausfluges. Er schlängelt sich durch ein weites Biefental, in dem er sich ausnimmt „wie die Maus im Käfig des entflohenen Löwen“. An freundlichen Ortschaften und einsam liegenden Einzelgehöften vorüber kommt die Spree nach Erkner, wo sie in den Dameritzsee eintritt.

Berlin erreicht.

Durch den Dameritzsee verläuft in nordöstlicher Richtung die Ostgrenze von Groß-Berlin. Von hier ab verbleibt die Spree bis zu ihrer Mündung in dem Gebiet der Stadtgemeinde. Nach dem Verlassen des Dameritzsees wird sie wieder recht schmal; sie fließt an dem alten Kobusdorf vorbei und kommt gleich darauf in den Müggelsee. Wie ein Schiffszug grühen vom Südufer des Sees die Kuppen der Müggelberge mit ihren Ausläufern. Weiter führt der Lauf der Spree nach Köpenick, der alten Fischerstadt, der „Wischküche Berlins“, wo von links die Dahme einmündet. Sehr wird das Bild der Uferlandschaft bestimmt durch die zahlreichen Fabrikanlagen von Spindlersfeld und Ober- und Niederschöneweide mit ihren gewaltigen Elen. Berlin als Stadt der Arbeit ist erreicht! Freundlichere Blicke tun sich noch einmal auf bei Treppe, wo der schöne Plänterwald bis an den Fluß herantritt, während auf dem gegenüberliegenden Ufer das stille Kirchlein von Strolow sich in den Wasserfluten spiegelt. Hier liegen noch zahlreiche Erholungsstätten, die schon viele Jahrzehnte das Ausflugsziel der Großstädter sind. An der Oberbaumbrücke mit ihren Turmbauten beginnt Alt-Berlin. Zahlreiche Brücken verbinden die beiden Uferufer innerhalb der Stadt; sie machen Berlin zu einer der brückenreichsten Städte der Welt. Hinter der Wallenbrücke teilt sich die Spree in zwei Arme, die die Insel Mit-Kölln umfließen. An der Roniboubrücke vereinigen sich beide Arme wieder, nachdem bei jedem von ihnen durch eine Säule, die Mühiendammsäule und die Stadtsäule, für die Regelung des Wasserstands gesorgt wurde. Nun fließen die wieder vereinigten Wassermassen am Bahnhof Friedrichstraße, am Reichstagsgebäude und an ausgedehnten Ladeplätzen und Hofschuppen vorbei nach Moabit. Der Tiergarten und Schlosspark von Bellevue reichen hier bis an die Spree. Die Grenzen von Mit-Berlin sind verlassen, der Lauf geht nach Charlottenburg, dessen schöner Schlosspark sich ebenfalls in den Fluten der Spree spiegelt. Hier ist die letzte Schwelle zu überwinden. Alsdann heißt unser Fluß hart am Fuß des Nordrandes der Teltowhochfläche, auf der Westend mit dem Spandauer Bod liegt. Im anderen Ufer, im Urstromtal, dehnen sich die Fabrikanlagen und Wohnhäuser von Siemensstadt aus. Fast unmerklich ist der Uebergang nach Spandau. Fabriken auf beiden Ufern, so eilt die Spree ihrer Vereinigung mit der Havel entgegen, die sich im Herzen der ehemaligen Feste vollzieht. Steht man auf der Charlothenbrücke in Spandau und schaut nach Norden, so sieht man die Stelle, an der Spree und Havel zusammenfließen. Viel weiter vereinigen sich ihre Wasser dann mit denen der Elbe und eilen nun dem Weltmeer zu.

356 Kilometer lang ist der Lauf der Spree von der Quelle bis zur Mündung. Zahlreiche Mühlen treibt sie, besonders in ihrem Oberlauf, wo sie noch als lustiges Gebirgskind dahinstürmt. In sie dann ruhiger geworden, so nimmt sie willig Kosten an sich; im Spreewald kleinere Rähne, von Leibsch an, nach dem Verlassen des Unterspreewalds, große Rähne. Der von hier an getriebene schiffbare Lauf der Spree beträgt 169 Kilometer.

Feuer in einem Kino. Am Freitag gegen 9 1/2 Uhr abends alarmierte man die Feuerwehr nach dem Hause Köpenicker Straße 86, wo in dem Kino „Roland“ die abgerissenen Enden eines Films in Brand geraten waren. Der Vorführer hatte die brennenden Filmenden auf den Fußboden geworfen, wodurch ein dort liegender Film ebenfalls Feuer gefangen hatte. Die Feuerwehrleute rissen die brennenden Filmstreifen aus dem Vorführraum auf die Straße hinaus, so daß jede Gefahr schnell beseitigt war.

Im Spiegel des Auslands.

Was in Berlin möglich ist.

Der Nationalstolz, von dem kein Volk frei ist, trübt gegenüber eigenen Schwächen den Blick. Da kann es nur nützlich sein, von Zeit zu Zeit auch mal das Urteil der anderen zu hören. Aus dem Kreise der in Berlin lebenden Ander erhalten wir eine Zuschrift, die wir hier wortgetreu wiedergeben:

Ansichts der freundlichen und zuvorkommenden Aufnahme, die Ander — seien es Kaufleute, Studenten oder Durchreisende — bei allen Klassen des deutschen Volkes finden, ist es uns besonders schmerzhaft, die Aufmerksamkeit des letzteren auf das niedrige moralische Niveau zu lenken, das in den Straßen Berlins herrscht. Am Mittwoch, den 5. März, 9 Uhr 30 Min. früh, wurde eine indische Studentin auf dem Wege zu ihrem Musiklehrer auf dem Prager Platz von einem Betrunknen angefallen. Während sie sich seiner zu erwehren suchte, entstand eine Ansammlung von Menschen, die, anstatt der Dame Beistand zu leisten, untätig und lachend zuschauten. Nun kann man einen Betrunknen nicht zur Verantwortung ziehen, und dergleichen Unfälle ereignen sich in jedem europäischen Lande, aber zu unserem schmerzlichen Bedauern müssen wir feststellen, daß nirgends die Menge eine derartige Haltung einnehmen würde. Eine Frau besonders würde überall augenblicklichen Beistand von den Vorübergehenden erfahren, wie wir bei ähnlichen Gelegenheiten, wo deutsche Frauen in ähnlicher Lage waren, beobachten konnten. Hier jedoch müssen wir das Interesse unserer Landsleute mahnen, und wir bedauern die mehr als indifferente Haltung der Berliner Menge gegenüber der Insultierung einer Frau. Wir können bedenkenlos erklären, daß nie eine deutsche oder andere europäische Frau zu Friedenszeiten einer solchen Behandlung in Indien ausgesetzt sein könnte. Selbst in jenen seltenen Fällen, wo in dunklen Krisenzeiten, Frauen Mißhandlungen preisgegeben sind, liegen die Ursachen nur in den unnatürlichen politischen Verhältnissen unserer Heimat. Dann aber handelt es sich um rein politische Vorfälle, und immer zeigt die Menge ihre Empörung über die Insultierung einer Frau. Wir erlauben Sie höflich, diesen Brief in den Sozialen Ihrer geschätzten Zeitung zu veröffentlichen. Wir hoffen damit zur Hebung der Berliner Sittlichkeit beigetragen, da wir wissen, wie diese dem Ruf des deutschen Volkes im Ausland schadet.

Der Brief könnte manchem zu denken geben. Wohlgerichtet: der Tadel des Anders richtet sich nicht gegen den Betrunknen, dem er keine Tat nicht anrechnen will, sondern gegen die Zuschauer, die untätig und lachend dabei standen. Wir wissen nicht, ob die Ansicht, daß nirgends die Menge eine derartige Haltung einnehmen würde, richtig ist. Aber daß solche Vorkommnisse eine Schmach sind und im Ausland dem Ruf des deutschen Volkes schaden, darin stimmen wir dem Ander bei. Der Prager Platz liegt im „vornehmen“ Westen Berlins, wo im Straßenpublikum die sich für „gebildet“ haltenden Volksschichten die Mehrheit haben. Bieleicht ist die Rohheit jener Leute, denen die Beleidigung der Indier als erheiterndes Schauspiel galt, eine Frucht des von Deutschnationalen geschürten Fremdenhasses. Diese Gesellschaft mißbraucht besonders gern das Wort vom „deutschen Wesen“, an dem „noch einmal die Welt genesen“ werde. Sie sollte es sich hinter die Ohren schreiben, daß in Indien, wenigstens in Friedenszeiten, nie eine deutsche oder andere europäische Frau einer solchen Behandlung ausgesetzt sein könnte!

Klante abermals vor Gericht.

Der viergewandte Bearbeiter des Wettkonzernschwindels Max Klante, dessen Kabarettstücke vor einiger Zeit sich durch seine Verhaftung zur Strafvorbereitung unterbrochen worden waren, wurde am Freitag früh wieder einmal auf der Strafhaft in Tegel der zweiten Strafkammer des Landgerichts III vorgeführt. Es handelt sich bei der Anklage um das neue Wettkonzernschwindels Klante. Die Verhandlung bewegt sich in recht ruhigen Bahnen. Bekanntlich hatte Klante nachdem er im Januar 1923 nach Beendigung seines Strafprozesses aus der Untersuchungshaft entlassen worden war, ein neues Wettkonzernunternehmen gegründet, das bald dem Staatsanwalt Anlaß zum Einschreiten gab. Das Schöffengericht Charlottenburg hatte Klante wegen Vergehens gegen das Wett- und Lotteriegesetz zu drei Monaten Gefängnis und tausend Goldmark Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil hatte Klante Berufung eingelegt. Zur Begründung führte Klante aus: „Als ich aus der Haft entlassen wurde, traten sofort zahlreiche alte Bekannte an mich heran und drängten mich, weiter auf den Nennen für sie

(Reduziert durch Wolff-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

„Aber Tante, sprich nicht von Dingen, die du nicht verstehst.“

„Und wenn du überfahren worden wärest?“

„Nun, nun, ich brauchte mich ja nur eng gegen die Mauer zu pressen, was konnte da viel passieren. . . Natürlich“ — und er sah heiter lächelnd Elisabeth an — „denkt man in so einem Augenblick nicht an das Nächstliegende.“

„Das eine weiß ich: dein ganzes Unglück ist dieses Mädchen.“

Geschmacklos ist sie nicht, dachte Jürgen, da Elisabeth sich sofort auf Katharinas Seite stellte durch ein Vöseln des Einverständnisses mit ihm. „Das sollten Sie nicht sagen; Katharina ist doch immerhin ein ungewöhnlicher Mensch, den man nicht mit dem gewöhnlichen Maße messen darf.“

„Daran versteht die Tante nichts“, sagte Jürgen in demselben Tonfall, wie damals auf dem Hügel Elisabeth zu Jürgen gesagt hatte, von Literatur verstehe Adolf nichts.

Warme Sympathie und Achtung für Katharina erfüllte ihn und wohlwollender Stolz auf sie, die zusammengefunten und versunken in Schmerz und Vereinsamung am Tische saß und weinte und nur und immer wieder das eine dachte: Warum, warum hat er mir das angetan?

Die Tante wurde müde: „Daran kannst du sehen, wohin dich diese Beziehung noch bringen würde. . . hätte bringen können. Einfach in den Tod! . . . Ein zu verrücktes, ein . . . unordentliches Mädchen, finden Sie nicht auch?“

„Sie sollten nicht so streng sein gegen Katharina, die doch wirklich nicht so beurteilt werden kann wie irgendein dummes bürgerliches Mädchen.“

Jürgen zeigte die Miene eines Menschen, der es sich erlauben kann, Dummheiten anzuhören, ohne zu widersprechen. Uebrigens, auch Elisabeth scheint keine bürgerliche Gans zu sein, dachte er.

„Nichts als Unruhe, ewige Unruhe kommt dabei. . . würde dabei. . . wäre dabei herausgekommen.“

„Die ist ja“, sagte Jürgen, kräftig lachend, als die Tante aus dem Zimmer war, sich umzuziehen für den Kirchgang.

„Die gibt den Kampf nicht so leicht auf. Jetzt glaubt sie schon gestigt zu haben in dieser Sache, in der sie nie siegen kann. Niemals!“

Mit einem Blide nahm Elisabeth den Kampf offen auf. So daß Jürgen nach langem Blick- und Wortgeplänkel schließlich fragen konnte: „Und Adolf?“

„Er ist mir zu dumm. Einfach zu dumm!“ sagte sie, strahlend vor ehrlicher Ueberzeugung. Und ob Jürgen sie begreifen wollte, sie müsse Einkäufe machen.

Nach Katharina ging, in der Hand das in Papier eingewickelte belegte Brot, das sie abends in der Redaktion essen wollte, durch die Geschäftsstraße. Der Schreck schlug durch ihren ganzen Körper durch. So stand sie, gedekt von der lauten und schauwüchtigen Menschenmenge, die, ein geschicktes, langes, vielhundertfüßiges Tier, langsam an den Auslagen entlang kroch, und sah, wie Elisabeth Jürgen an der Schulter sah, ihn vor ein Spielwarenschauenfenster führte.

An der Art des Nebeneinanderstehens erkannte Katharina, daß sie schon eine Begnerin bekommen hatte, berührte mit der Jungenspiße nachdenklich ihre Lippen und ging weiter.

Immerzu sah sie die zwei vor dem Schauenfenster stehen, sah Elisabeths zartgliederte, weiße Hand auf Jürgen schwarzen Rücken legen und dachte sich den deutenden Zeigefinger dazu. „Was sie ihm wohl gezeigt haben mag? Eine Puppe? Ein Schaukelpferd?“

Die ganze Straße hinunter interessierte Katharina sich dafür, auf was wohl Elisabeth Jürgen aufmerksam gemacht habe, stellte sich die Gegenstände eines Spielwarenschauenfensters vor. Erst als sie mit dem innern Blick plötzlich des Gelebten Gesicht sah, stellte sie sich der Hauptsache. Der schneidende Schmerz zwang sie, Hand auf dem Herzen, stehenzubleiben. „Und jetzt? Was ist jetzt? Soll ich. . . soll ich kämpfen um ihn?“

Aber das Bewußtsein, daß Jürgen ja nicht ihr, sondern sich selbst und seiner Hingabe entlaufen sei, und daß sie, was sie durch den Kampf um ihn gemönne, nur auf Kosten ihrer Hingabe gewinnen könne, ließ Katharina hinein in die graue Hoffnungslosigkeit.

Dennoch stand sie zur verabredeten Zeit an der Straßenecke, gependelt von dem Bewußtsein, daß sie, in ihrem persönlichen Leben nun so ganz und gar verarmt, noch die Gebende sein müsse. Denn der Fraueninstinkt sagte ihr, daß Jürgen nur deshalb für Elisabeth interessant und begehrtest wert sei, weil er mit der als merkwürdig und unnahbar geltenden

Katharina befreundet war. „Wenn sie keine Frau wird, hat er das mir zu verdanken. Wie entsetzlich!“ Katharina strotzte bei diesem Gedanken.

Sorgfältig gekleidet, durch Bad, reine Wäsche und durch das Beisammensein mit Elisabeth erfrischt, schritt er, beherrschte Kraft in den Gliedern, lebensfroh dem verabredeten Orte zu; sah Katharina stehen, sah schließlich den unübersichtbaren Abgrund, den seine momentanen Gefühle zwischen ihm und Katharina anrissen, blieb stehen, stand an dem Rande des Abgrundes, der nur gleichzeitig mit diesen neuen Gefühlen verschwinden konnte, die schon nicht mehr verschwinden konnten, tappte über den Rand des Abgrundes hinaus, stand und schritt auf Lust. Wildes, bestimmungsloses Aufzujerstürzen kam in seinen Gang und falsche Wiedersehensfreude und gleichzeitig Scham in sein Gesicht.

Sie aber stand, ein Mensch, grau und wissend und bewußt, und nahm auf sich ihr Schicksal. So blickte sie ihn an.

„Wie die leben, die Bürger! Die, ah, die wissen schon, was sie wollen. . . Aber was alles sie zusammenredet, die Tante, du machst dir keinen Begriff. . . Für die ist alles höchst einfach.“

„Deine Tante will, daß es dir gut gehe; sie will, daß du Elisabeth Wagner heiratest.“ Sie horchte auf sein schallhaftes Lachen und fühlte: Wie weit, wie weit ist er schon weg!

„Wahrhaftig, du sagst es. Genau das will sie. . . Ein Unsinn! . . . Hab mich aber ganz gut mit ihr unterhalten. Sie ist nicht dumm, weißt du, und eigentlich gar nicht bürgerlich. . . Ein liebenswürdiges Geschöpf.“

„Ja, Jürgen, sie ist ein kluges Mädchen, ein liebenswertes Mädchen.“

„Kennst du sie denn so gut, weil du sagst, sie sei ein liebenswertes Mädchen?“

„Weshalb denn kein liebenswertes Mädchen, Jürgen, weshalb nicht liebenswert.“ sagte Katharina in schwerem Verlust und dachte: Wie wiegen die Worte so schwer. . . falls, wie Vieh.

„Sie hat sogar deine Partei ergriffen, hat dich verteidigt.“ — „Wie ist es möglich, daß er mich so beleidigt.“ Die Häuser neigten sich; die Straße drehte sich um Katharina herum. Sie mußte sich festhalten an Jürgen, nicht zu versinken in dem schwarzen Nebel vor ihren Augen.

„Du arbeitest zuviel; solltest dich schonen, etwas mehr schlafen.“

(Fortsetzung folgt.)

tätig zu sein. Da ich mittellos war, ging ich auf die Vorklage ein. Die Kriminalkommission Koppen befandete, hatte man in Klantes Privatwohnung ein gut eingerichtetes Geschäftsbureau, Geschäftsbücher und Zeitungen vorgefunden. Er hatte auch zwei Angestellte. Daß das Unternehmen bereits ziemlich emporgeblüht war, beweist der Umstand, daß im Gerichtsamt ein großer Waffenschatz steht, der angefaßt ist mit dem beschlagnahmten Geschäftsmaterial. Die Strafammer kam schließlich zu einer Verurteilung, indem sie annahm, daß Klante gegen § 6 des Kenn- und Koiteriegesetzes verstoßen habe, da er Angebote der Beteiligten angenommen hatte. Einziger Mitter war Klante. Die Beteiligten sind auf die Verurteilung völlig einflusslos. Die Angeklagten sind auf die Verurteilung völlig einflusslos. Die Angeklagten sind auf die Verurteilung völlig einflusslos.

Das Abenteuer auf dem Nachtomnibus. Ein Freispruch statt neun Monate Gefängnis.

Einen spannenden Verlauf und einen überraschenden Ausgang nahm ein Diebstahlsprozeß, der in der Berufungsinstanz vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I gegen eine Schauspielerin Lily M. durchgeführt wurde. Aus der Angeklagten, vom Schöffengericht verurteilt, wurde die Anklägerin, und aus der Belastungszeugin die Angeklagte, die um ein Haar sogar im offenen Gerichtsamt unter dem dringenden Verdacht des Meineides verhaftet worden wäre.

In einer Novembernacht des Jahres 1922 fuhr ein Kaufmann H. ziemlich spät nachts vom Potsdamer Platz in Richtung Nachtomnibus nach dem Westen. Er stand auf dem Hinterbank und neben ihm ein junges Mädchen, das anscheinend etwas ange-trunken war. Sie lehnte sich auch während der Fahrt mehrmals gegen ihn und die Brust des Kaufmanns und sprach in etwas gebrochenem Deutsch, daß ihr schlecht geworden sei. Zur Kühlung nahm sie ihren Hut ab und hielt denselben an den Kopf ihres Nebenmannes. Der gärrige Fahrgast nahm sich der hilfsbedürftigen jungen Dame an, und als sie in die Nähe ihrer Wohnung an der Ecke der Bülowstraße gekommen waren, erbot er sich, sie bis zu ihrem Hause zu begleiten. Unterwegs erzählte sie ihm, daß sie Schwedin sei. Der Nachwächter, der gerade hinzugelommen war, schloß das Haus auf. Als der Kaufmann sich einige Schritte entfernt hatte, wollte er gehen, wie spät es sei und merkte nun, daß ihm seine goldene Uhr fehlte. Jetzt fand er auch dafür Aufklärung, weshalb die Schöne ihren Hut an seinen Kopf gehalten hatte. Offenbar hatte sie unter dem Schutz desselben den Taschendiebstahl verübt. Der Verdacht lenkte sich nun auf die Angeklagte. Der Zeuge (sowohl wie der Richter) erkannten den Hut und den Mantel der Angeklagten mit Bestimmtheit wieder und erinnerten sich auch ihrer Erscheinung. Das Schöffengericht hatte die Angeklagte zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. In der Berufungsverhandlung erhielt die Sache ein ganz anderes Bild. Die Beurteilte beteuerte nach wie vor ihre Unschuld und Rechtfamkeit Dr. Seltzer trat einen umfangreichen Entlastungsbeweis an. Der Angeklagten wurde eine Frau Bierstädt gegenübergestellt, die mit ihr eine außerordentliche Ähnlichkeit hat, sowohl im Gesicht, wie Figur, Haarfarbe und Frisur. Beide Frauen wohnen Zimmer an Zimmer bei derselben Wirtin. Frau Bierstädt bestritt natürlich jede Schuld. Andererseits wußten aber andere Zeugen zu bekunden, daß Frau Bierstädt mehrmals mit dem etwas auffälligen Hut und Mantel der Angeklagten ausgegangen sei. Sie mußte häufig den Nachtomnibus benutzen, weil sie dort Gelegenheit hatte, wie sie selbst Zeuginnen gegenüber erklärt hat, Herrenbekanntschaften zu machen. Die Zeugin bestritt alles. R. L. Dr. Seltzer führte zur Entlastung der Angeklagten dem Gericht noch einen Großkaufmann aus Warschau vor, der bekundete, daß er in der fröhlichen Nacht mit der Angeklagten Lily M. in einem Hotel in der Nähe des Anhalter Bahnhofs genächtigt habe. Diese Aussage wurde auch von der Wirtin und dem Portier des Hotels bestätigt. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Eppler, warnte die Zeugin B. ernstlich. Diese blieb aber bei ihren Bekundungen und leistete den Eid. Staatsanwalt Staatsrat Dr. Berliner war der Meinung, daß die Verhandlung vor der Strafkammer ein wesentlich anderes Bild erhalten habe, und daß sich die Sache vollkommen zu gunsten der Angeklagten aufgeklärt habe, so daß er in Übereinstimmung mit dem Verteidiger die Freisprechung beantragte. Das Gericht kam zu einer Freisprechung der Angeklagten. Trozdem ergab die Zeugin B. der dringende Verdacht des Meineides und des Taschendiebstahls besteht, hat das Gericht nicht die Verantwortung übernehmen wollen, einen Haftbefehl zu erlassen. Der Staatsanwalt ließ die Aussage der Zeugin protokollieren, um das Strafverfahren einzuleiten.

Die notarielle Kostenrechnung.

Es bleibt ein Rest zu tragen peinlich...

Die notarielle „Zeit“ hat vor Schred über den Stand in der Stadtverordnetenversammlung die Sprache offenbar vollständig verloren. Diesem und vielfach stellt sie zu der sozialdemokratischen Anfrage über Herrn Hollensleben weisheitsvoll fest: „Dorüber wird noch viel zu reden sein.“ Man weiß nicht recht, was die „Zeit“ mit dem „Dorüber“ meint. Herr Hollensleben mit seiner Kostenrechnung oder die Freiheit der Sozialdemokratie, so etwas öffentlich zur Sprache zu bringen. Daß die Sache einen peinlichen Belegschmaß hat, empfinden aber offenbar auch andere Kreise. Prof. Michajewski, der demokratische Stadtverordnete, kommt im „Berliner Tageblatt“ eingehend auf die Sache zu sprechen. Wir begnügen uns damit, ihn zu zitieren:

„Erfreulicherweise fand die Generalversammlung am 29. Dezember statt, unmittelbar vor dem Termin, an dem die Notariatsgebühren eine wesentliche Ermäßigung erfahren. Die Kostenrechnung bezieht sich also auf die Genehmigung der Begebung der Anleihe durch die Generalversammlung der Berliner Gaswerke. L. B. Aber selbst wenn man ohne weiteres annimmt, daß die Kostenrechnung den damals geltenden Notariatsgebühren entsprechend festgesetzt worden ist, bleibt ein peinlicher Rest insofern übrig, als Herr Hollensleben nicht bloß Stadtverordneter ist, sondern auch an der Gründung der Berliner Gaswerke als Mitglied des Verwaltungsausschusses mitgewirkt hat. Es dürfte deshalb ebenso im Interesse der Berliner Gemeinde wie des Herrn Hollensleben liegen, eine solche Verständigung auf einer erträglichen Grundhöhe herbeizuführen.“

In der Zeit es bleibt ein peinlicher Rest übrig! Die „Berliner Volkzeitung“ schreibt: „Es mag möglich sein, daß der zuständige Landgerichtspräsident nach dem formalen Recht der Obhörsordnung zugunsten des Herrn Michajewski entscheidet. Recht, wie es im Prinzipen jedes anständigen Menschen liegt, wird es aber dadurch nicht werden. Es bleibt, auch wenn der Paragraph den Herrn Justizrat und Stadtverordneten beden sollte, in der gegenwärtigen Notlage eine unpolitische und unsoziale Handlung. Es erben sich Gerechtigkeit und Rechte wie eine ewige Krankheit fort. Bernunft wird Unfug, Wohlstand Plage.“

Verhaftung einer Kinderdiebin.

Ein gestohlenen Kind wurde, wie wir vor einigen Tagen mitteilten, auf dem Hof des Hauses Alexanderstraße 29 ausgeführt aufgefunden. Bei der Verhaftung des 11. Jährlings meldete sich nun bald eine 12jährige Mädchen die mittlere des drei Monate alte Kind von einer ihr unbekanntem Frau erhalten zu haben. Diese war mit einem Andermann heranzukommen, hatte das Kind heranzukommen und sie gebeten, es einen Augenblick zu horten, bis sie eine Befragung ausgereicht habe. Statt dessen war die Frau mit dem kleinen Wagen davongefahren und nicht wiedergekommen. Die Schülerin hatte das Kind auf den Hausflur gelegt, um spielen zu können; sie konnte nun die Diebin, die ihr das Kind hergeben hatte, so gut beschreiben, daß

die Kriminalpolizei alsbald auf die richtige Spur kam. Ihr Verdacht lenkte sich auf eine stillere Hausangestellte, eine 27 Jahre alte Elisabeth Wiegert, die wegen Vererbung von Kindern schon 8 mal bestraft ist und in der Nähe des Alexanderplatzes wohnt. Sie wurde ermittelt, festgenommen und legte auch ein Geständnis ab. Den gestohlenen Wagen hatte sie noch in ihrem Besitz. Vorläufig hat sie ihr eigenes kleines Kind hinstingelegt. Mit Rücksicht auf dieses Kind wurde sie einstweilen wieder auf freien Fuß gesetzt.

Gotteswort und Christen?

Nicht nur Lehrer, sondern auch Pastoren gibt es, die mit Kindern nicht ohne Brägel fertig werden können. In der Berliner Samariter-Gemeinde hat Pfarrer Hartmann im Konfirmandenunterricht ein Mädchen so ins Gesicht gefaßt, daß die Nase blutete und Auge, Nase und Mund aufstießen. Hinterher soll er zu dem weinenden Mädchen noch eine Versicherung orton haben, die neben der bei Weitem launigen pastorale Redeweise sich etwas sonderbar ausnimmt. Die erdacht mit das wirken, wenn ein Pastor, der den Kindern das Gotteswort nahebringen will, Christen verabschiedet! Zu dem Vorbereitungunterricht, der den zur Jugendweihe der sozialdemokratischen Arbeiterkassen angemeldeten Kindern gegeben wird, wäre derartige unedelmäßig. Wer dort das schwere Amt übernimmt, für die im Leben hinunterstrebende Jugend ein ihr den Weg weisender Führer zu sein, der ist aus anderem Hols geschnitten. Zu ihm stehen die Kinder in einer inneren Beziehung — und er verabschiedet keine Christen.

Kristverlängerung für das preussische Notgeld.

Infolge der großen Anzahl der einmündigen Anträge auf nachträgliche Einlösung der Notgeldscheine des Reichs-Rates Breiten über 4, 20 und 2, 10 Goldmark hat sich der Finanzminister bereit erklärt, diese Scheine ausnahmsweise noch bis zum 10. März 1924 einlöslich einzulösen, jedoch nur bei der Notgeldkassette des Reichs-Rates Finanzministeriums, Berlin SW 68, Drankstr. 108/109. Die Einlösung der Notgeldscheine über 1, 05 und 0, 42 Goldmark erfolgt auch weiterhin bei den Kreisverwaltungen und den Reichs-Rates Kreisstellen. Auch für diese Scheine endet die Einlösung mit dem 10. März 1924. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß die Notgeldkassette nur das von dem Reichs-Rate Breiten angegebene Notgeld einlöst, nicht auch solches von Städten und Kreisen.

Versicherungsschutz für Arbeitende.

Da es den Lohn- und Gehaltsempfänger unter den heutigen Verhältnissen sehr schwer wird, sich einen verbrannten oder gestohlenen Gegenstand wieder anzuschaffen, so ist es eine wirtschaftliche Notwendigkeit, sich gegen solche Schäden zu schützen. Hierzu gibt die Feuer- und Einbruchdiebstahl-Versicherung die beste Gelegenheit. Um der arbeitenden Bevölkerung im allgemeinen und ihren Angehörigen im besonderen helfend zur Seite zu stehen, schloß der Zentralverband deutscher Konsumvereine in Hamburg vor Jahren mit verschiedenen großen Versicherungsgesellschaften Verträge ab. Sie haben den Zweck, gerade den unbedeutenden Kreisen Gelobnisse zu geben, auch ihre nur kleinen Haushaltungen zu niedrigen Prämien zu versichern. Für Groß-Berlin ist es die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung in Lichtenberg, Ritterstr. 16/26, die durch ihre Versicherungsabteilung zu den äußerst niedrigen Prämien von je 75 Pf. pro 1000 M. gegen Feuer- und Einbruchdiebstahlschäden versichert. Die Feuerversicherung erstreckt sich nicht nur auf die Wohnung, sondern auch auf sämtliche Boden- und Nebengebäude, ferner auf die Brandschäden außerhalb der Wohnung (Straße, Eisenbahn, Arbeitsstelle usw.). Die Einbruchdiebstahlversicherung umfaßt den Schutz in der Wohnung, auf dem Haus- und Treppenhoden, in der Waschküche und im Keller, gegen Vererbung innerhalb und außerhalb der Wohnung und auf Reisen in Gasthäusern, Hotels und Pensionen. — Für den Abschluß von kleinen und großen Lebensversicherungen (ohne ärztliche Untersuchung) verweisen wir auf die „Volkswirtschaft“, gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Aktion-Gesellschaft in Hamburg. Ihre Rechnungsstelle befindet sich in Berlin, Engelstr. 28. Auch sie ist ein Arbeiterunternehmen, das sich zur Aufgabe gestellt hat, der Arbeitnehmerchaft so billig wie möglich guten Versicherungsschutz zu gewähren.

Zweiter Ausgang zum Hochbahnhof Nordring. Wegen starker Zunahme des Frühverkehrs auf dem Hochbahnhof Nordring wird die Hochbahngesellschaft diesen Bahnhof mit einem zweiten Ausgang versehen. Der jetzige Zugang befindet sich nördlich der Ringbahn neben dem Stationsgebäude, der neue Zugang wird stadwärts in der Nähe der Kopenhagener Straße liegen. Mit dem Bau wird im nächsten Monat begonnen werden.

Die Namische Gemeinde unter ihrem Vorsitzenden Prof. Mohammed Abdur Rehman ladet hiermit alle Muslime und alle diejenigen, die der Namischen Frage Interesse entgegenbringen, zu einer am Dienstag, den 11. März, um 7.30 abends, in der Aula des Gymnasiums, Gensersstraße 20/21 (Nähe Bahnhof Friedrichstraße) stattfindenden Versammlung ein.

In der Ausstellung „Fortschritt im Haushalt“ im Charlottenburger Rathaus findet heute Sonnabend abends 7 Uhr im Anschluß an die Ausstellung ein Vortrag über Notwendigkeiten der Ausgestaltung des Gebäudes des Deutschen Rundfunks. Die Ausstellung des Charlottenburger Hausfrauen-Vereins ist Sonntag bis 6 Uhr abends geöffnet.

Kaisersmährungen. Sonntag, den 9. März, vorm. 9 1/2 Uhr, finden wissenschaftliche Vorträge durch Direktorialbeamte im Alten Museum „Römische Bildwerke“ Dr. Reuschner, im Kaiser-Friedrich-Museum „Dürer und Nürnberg“ Prof. Spatzmüller und im Museum für Völkerkunde „Ältere Ebnahol“ Direktor Ausmann statt. Eintrittskarten sind vor Beginn der Vorträge am Eingang der genannten Museen erhältlich.

Genoss. Arbeiter-Verein findet am Sonntag, den 9. März, vormittags 10 Uhr, in der Kriminalkassette, Charlottenburg, Kriegerdenkmal, im Rahmen einer reichhaltigen Feiersunde über das Thema: „Nicht Gerechtigkeit, sondern Gleichberechtigung“.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirksverband Brandenburg.

Reichstags-, Landtagsabgeordnete und Kandidaten!

Am Jertünre zu vermeiden, teilen wir mit, daß die durch Zirkular bekanntgegebene Sitzung am Montag, den 10. März, nachmittags 2 Uhr, im Sitzungssaal des Parteivorstandes, Clandestine 3, statfindet. Wilhelm Krüger.

Der heutige Bezirkstag beginnt um 7 Uhr im Plenarsitzungsraum des Reichstags. Die Delegierten legitimieren sich am Eingang 2 durch ihr Mandat und erhalten dort die Delegiertenkarte ausgehändig.

Gastkarten werden noch in beschränkter Anzahl von 6 1/2 Uhr ab an Genossen, die sich durch das Mitgliedbuch ausweisen, am Eingang 3 des Reichstages ausgeben.

3. Kreis Wetzlar, Bezirksabgeordneter: Sonntag, den 9. März, vormittags 10 Uhr, Sitzung an bekannter Stelle, Logenraum: Hofstr. 10.
3. Kreis Kassel, Sonntag, den 9. März, vormittags 10 Uhr, Sitzung der Bezirksabgeordneten der Genossen bei Reben, Rütcher Str. 17, 1 Tr.

Heute, Sonnabend, den 8. März:

3. Kreis Wetzlar, Bezirksabgeordneter: Sonntag, den 9. März, vormittags 10 Uhr, im Wahl des Genossen Schula, Unter der, 11.
3. Kreis Kassel, Sonntag, den 9. März, vormittags 10 Uhr, im Wahl des Genossen Schula, Unter der, 11.

131. Mt. Wiesbaden. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
132. Mt. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.

Morgen, Sonntag, den 9. März:

10. Mt. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
11. Mt. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
12. Mt. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
13. Mt. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
14. Mt. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
15. Mt. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
16. Mt. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
17. Mt. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
18. Mt. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
19. Mt. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
20. Mt. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
21. Mt. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
22. Mt. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
23. Mt. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
24. Mt. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
25. Mt. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
26. Mt. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
27. Mt. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
28. Mt. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
29. Mt. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
30. Mt. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.

Charlottenburg. 8. Mt. Sonntag, den 10. März, 7 1/2 Uhr, Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 10. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.

Jugendveranstaltungen.

Wohnung, Wilmersdorf. Die für heute festgesetzte Versammlung findet erst am Sonntag, den 10. März, statt.

Morgen, Sonntag, den 9. März:

1. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
2. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
3. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
4. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
5. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
6. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
7. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
8. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
9. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
10. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
11. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
12. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
13. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
14. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
15. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
16. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
17. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
18. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
19. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
20. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
21. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
22. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
23. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
24. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
25. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
26. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
27. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
28. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
29. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.
30. Kassel. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 9. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.

Arbeiterport.

Arbeiter-Hofen.

Charlottenburg. 8. Mt. Sonntag, den 10. März, 7 1/2 Uhr, Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 10. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.

Arbeiter-Hofen. Die Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 10. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Freiwirtschaftliche Gemeinde. Sonntag vormittags 11 Uhr, Funktionäre der Partei sind am Sonntag, den 10. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reubel, Mühlstr. 111, 112.

Sport.

Der Stand des 12. Sechstagerrennens.

Die Nachmittagswertung.

Nachmittags wird langsames Tempo gefahren, das sich dann aber bei Beginn des ersten Spurts hebt. Pessenheim will immer wieder zeigen, das er was kann, und versucht die Führung zu halten. Schnell ist er aber von von Reif verdrängt, der auch als erster das Ziel passiert. Es folgen Ritt, Lorenz und Schrage. Der zweite Spurt bringt folgendes Ergebnis: 1. Bauer, 2. Krupat, 3. Lehmer und 4. Lewonow. Der dritte Spurt bringt Lorenz als den ersten durchs Ziel. Etwas interessanter verläuft die Wertung des vierten Spurts. Hier gibt es einen kleinen Vorstoß, den Tieg wagt. Er wird durch seinen Partner Hahn abgelöst, der aber nur den vierten Platz belegen kann. Erster ist Kroll vor Krupat und Stellbrin. Beim fünften Spurt erheben sich zwei ungewöhnliche Stürze. Wittig und der Italiener Tonnati sind die Leidtragenden. Der sechste Spurt ist ein Gewinn Spawalls vor Huchke, Taylor und Lorenz. Den Sieg im sechsten Spurt heft Stabe vor Krupat, Sadow und Lehmer ein. Der Stand des Rennens ist jetzt der folgende: 1. Krupat, Huchke 37 P., Lorenz, Lehmer 21 P., van Reif, Roeslops 17 P. und Sadow, Bauer 15 P. Folgende Mannschaften sind noch ohne Punktergebnis: Sturm-Defemolen, Pante-Passenheim und Rubel-Rendebacher. Zurückgefallen waren bis zur 19. Stunde (5 Uhr nachmittags) 648,200 Kilometer.

Die Zehn-Uhr-Nachwertung.

Eine halbe Stunde vor Beginn der Zehn-Uhr-Nachwertung weist das Haus keinen anderen Besuch auf als wie den gestrigen. Nur die Ziel- und Kurvenpöppe sind gut besetzt. Im letzten Tempo umkreisen Fahrer die Bahn. Der Stundenrekord erlöst. Tieg führt. Abwechselnd wird wieder „gezogen“. Von 9 bis 10 Uhr sind 57,200 Kilometer zurückgelegt. Das Gesamtresultat der gefahrenen Strecke beträgt somit 820,400 Kilometer. Das Ergebnis der einzelnen Spurts: 1. Spurt: 1. Lewonow, Krupat, Stellbrin, Taylor, 2. Spurt: 1. van Reif, Sadow, Ritt, Lawrence, 3. Spurt: 1. Hahn, Roeslops, Krupat, Stellbrin, 4. Spurt: 1. Huchke, Rizzato, Sadow, van Reif, 5. Spurt: 1. Bauer, Krupat, Lorenz, Dideri, 6. Spurt: 1. Sadow, Lehmer, Rizzato, Samal. Somit ist folgender Punkterstand gegeben: Krupat-Huchke 37 vom Reif-Roeslops 28, Lorenz-Lehmer 28, Sadow-Bauer 22 Punkte.

Kennen Sie Nahrungsmittel? Sie haben Gelegenheit sich von dem Wohlgeschmack der vorzüglichen Verwendbarkeit und der mühelosen Zubereitung durch eine Kosiprobe an unserem Stand im Kaufhaus Tieg, Frankfurter Allee, Kaufhaus Weidmann, Königstrasse, Kaufhaus Tieg, Leipziger Straße zu überzeugen — Ununterbrochene Abgabe von Kostproben während des ganzen Tages ohne jede Annahme. Deutsche Nahrungsmittel-Werke A.-G. Berlin W 8, Friedrichstr. 58

Wirtschaft

Rentenbank-Ausweis.

Die Rentenbank veröffentlicht soeben ihren Monatsausweis vom 29. Februar. Aus ihm geht hervor, daß in der Zwischenzeit die Darlehen an die Wirtschaft von 200 auf 400 Millionen erhöht worden sind. Die Darlehen an das Reich weisen keine Veränderung auf.

Der Betrag an umlaufenden Rentenbankscheinen ist entsprechend der erhöhten Kreditgewährung von 1874 auf 1579,37 Millionen Mark gestiegen. Der Abgang an Rentenbriefen ist noch immer gering. Die umlaufenden Rentenbriefe haben sich im Laufe des Monats Februar von 128 000 auf 178 500 Mark erhöht. Im gleichen Verhältnis, nämlich von 50 500 Mark, ist der Bestand der Rentenbank an Rentenbriefen zurückgegangen. Eine Einlösung von Rentenmark in Rentenbriefen findet also nur in verschwindendem Umfange statt. Das liegt nicht nur an der geschwächten Kauf- und Sparkraft der Bevölkerung, sondern noch viel mehr an der Tatsache, daß man überflüssiges Geld z. B. schon in Schatzwächeln mit viel höherem Zinsertrag anlegen kann, als zu den 5 Proz., den die Rentenbriefe bringen. Bei einer derartigen Verfassung des Geldmarktes spielen also die Rentenbriefe als Deckung der Rentenmark nur eine geringe Rolle. Schon deshalb müssen wir bald zur Goldnotenbank kommen.

Die Handelsbeziehungen zu Deutschösterreich.

Wir wiesen bereits kurz hin auf die Reise der deutschösterreichischen Handelsdelegation durch Deutschland, die für die Ausgestaltung der Handelsbeziehungen mit dem südöstlichen deutschen Nachbarstaat von großer Wichtigkeit ist. Ueber den Erfolg des Besuchs veröffentlicht die Presseabteilung der deutschösterreichischen Gesandtschaft folgende Mitteilung:

Die unter Führung des österreichischen Bundesministers für Handel und Verkehr Dr. Schürff und mehrerer Staatsfunktionäre unternommene Reise einer Abordnung der österreichischen Handelskammern nach Deutschland galt neben der Besichtigung der Leipziger Messe insbesondere der persönlichen Führungnahme der Vertreter des österreichischen Wirtschaftslebens mit führenden Persönlichkeiten der deutschen Volkswirtschaft. Die Besprechungen zwischen den Vertretern der beiderseitigen Handelskammern haben ergeben, daß beiderseits der Wunsch und der feste Voratz besteht, die schon im Frieden gepflegten engen Beziehungen und Arbeitsgemeinschaften nunmehr neu zu befestigen und daß infolge dieser engen Zusammenarbeit der beiderseitigen geschäftlichen Vertretungen von Handel, Gewerbe und Industrie die Bildung von neuen Organisationen als überflüssig und unangemessen betrachtet werden muß. Die Kammern werden in Zukunft in Fragen, welche die beiderseitigen Wirtschaftskreise besonders lebhaft interessieren, durch rechtzeitige Führungnahme und durch Austausch von Berichten sowie durch Besprechungen die Grundlage für Anträge schaffen, die sie den Regierungen als maßgebendes Gutachten der Wirtschaftskreise vorzulegen beabsichtigen.

Die Besichtigung der Leipziger Messe sowie mehrere hervorragender industrieller Großbetriebe, wie der AEG und der Borgwerke, sowie die persönlichen Unterredungen zwischen den prominenten Vertretern des österreichisch-deutschen Wirtschaftslebens haben bei den österreichischen Delegierten die Ueberzeugung gefestigt, daß der ungetrübte Lebenswille des deutschen Volkes auch auf dem Gebiete der Wirtschaft sich in erfreulicher Weise bekundet.

Der Bundesminister für Handel und Verkehr hat anlässlich seines Aufenthaltes in Berlin Gelegenheit genommen, mit den zuständigen

deutschen Regierungsstellen über die Ausgestaltung der gegenseitigen Handelsbeziehungen persönlich in Verbindung zu treten. Es wurde vereinbart, die sachlichen Verhandlungen darüber in nächster Zeit in Wien aufzunehmen; es wird sich dabei um die Umgestaltung des bestehenden provisorischen Wirtschaftsübereinkommens in einen Handelsvertrag handeln, wie solche von Oesterreich bereits mit anderen Staaten abgeschlossen worden sind.

Besonders lenkte man sein Augenmerk auf die Aufhebung der im gegenseitigen Verkehr noch vorhandenen Beschränkungen, und es wurden einige seit längerer Zeit andauernde Einzelfragen, die mit der Handhabung der beiderseitigen Ausfuhrverbote zusammenhängen, erörtert und im Geiste freundschaftlichen Entgegenkommens vereinigt.

In den Besprechungen, die mit dem Reichsverkehrsminister über verschiedene eisenbahntarifliche Maßnahmen und Erleichterungen der Grenzkontrolle stattfanden, wurde eine wohlwollende Prüfung der vorgebrachten Wünsche zugelassen. Durch die Besprechungen wurde demnach der Zweck der Reise vollaus erreicht, und es kann die sichere Erwartung ausgesprochen werden, daß die kommenden Verhandlungen nach dieser Vorbereitung zu einem beide Teile befriedigenden Ergebnis führen werden.

Fortschritte in der Braunkohlenverwertung.

Aus Leipzig schreibt uns unser technischer Mitarbeiter: Die Braunkohle, die lange im Ruf der Wertlosigkeit stand, ist durch den verlorenen Krieg sehr in unserer Achtung gestiegen.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose ..	16,00—17,25	Röstgetreide, lose	16,00—18,00
Gerstengrütze, lose ..	16,00—17,00	Kakao, fettarm	100,00—125,00
Hafersack, lose	15,25—16,00	Kakao, leicht entölt ..	115,00—135,00
Hafersgrütze, lose ..	15,75—16,25	Tea, Souchon, gepackt ..	342,00—400,00
Waldmehl (6/1)	18,00—18,50	Tea, indischer, gepackt ..	425,00—435,00
Waldmehl	22,00—23,00	Inlandzucker basis mel.	40,00—42,00
Hartweizen	14,75—16,00	Inlandzucker raffiniert ..	47,50—48,00
70% Weizenmehl	17,00—18,00	Zucker Würfel	46,00—48,00
Weizen-Auszugmehl ..	17,00—18,00	Kunsthonig	46,00—47,50
Speiseerbsen, Viktoria ..	19,25—23,00	Zuckerstrup dunkl. in Elm.	49,00
Speiseerbsen, kleine ..	14,00—17,00	Speisestrup hell. in Elm.	33,00—35,00
Bohnen, weiße, Peri ..	20,25—24,00	Marmelade Eintr. Erb.	108,00—120,00
Langbohnen, handverkes.	30,00—34,00	Marmelade Vierfrucht ..	40,00—55,00
Linsen, kleine	26,00—35,00	Pflanzenmilch in Elmsen	46,00—50,00
Linsen, mittel	26,50—42,00	Stearin, lose	3,70—4,00
Linsen, große	43,00—49,50	Stearin, lose	4,80—5,20
Kartoffelmehl	16,00—18,00	Bratenschmalz in Tierces	68,00
Makkaroni	40,00—45,00	Bratenschmalz in Korbels	70,00
Makkaronimehl	37,00—38,50	Purelard in Tierces ..	67,00
Schmalz, weiß	21,00—25,00	Purelard in Kisten ..	65,00—68,00
Bruchreis	15,50—17,00	Speisestärke in Packung ..	48,00—52,00
Rampoon Reis	17,00—19,50	Speisestärke in Kisten ..	47,00—49,00
Tafelreis, glasirt, Patna	27,00—31,00	Margarine, Handelsm. I	56,00
Tafelreis, Java	31,00—36,00	desgl. II	45,00—52,00
Rinzapfel, amerik.	110,00—120,00	Margarine, Spezialm. I ..	70,00
Getr. Pflaumen 90/100 ..	43,00—46,00	desgl. II	60,00—68,00
Pflaumen, entsteint ..	52,00—55,00	Molkerbutter I. Fässern ..	212,00
Rosinen in Kisten, Candia	75,00—80,00	Molkerbutter in Pack.	228,00
Sultaninen Caraburnu ..	85,00—90,00	Landbutter in Fässern ..	185,00
Korinthen, choice	80,00—85,00	Landbutter in Packungen ..	190,00
Handeln, süße Bari ..	143,00—160,00	Auslandbutter	212,00—220,00
Handeln, bittere Bari ..	130,00—150,00	Corned beef 12½ lbs p. K.	35,00—36,00
Zimmt (Cassia)	110,00—120,00	Speck, geräuchert, fest ..	62,00—66,00
Kümmel, holländischer ..	125,00—165,00	Quadratkäse	48,00—50,00
Schwarzer Pfeffer, eingap.	95,00—105,00	Quarkkäse	35,00—40,00
Weißer Pfeffer	130,00—141,00	Tilsiter Käse, vollfett ..	118,00—125,00
Rohkaffee Brasil	190,00—218,00	Tilsiter Käse, halbfett ..	80,00—86,00
Rohkaffee Zentralamerika	200,00—200,00	Ausl. ungerück. Condens-	
Rohkaffee Brasil	220,00—280,00	milch 48/16	33,00—35,00
Rohkaffee Zentralam.	245,00—400,00	Inländische desgl. 48/12	18,50—19,50
Rohkaffee Zentralam.	245,00—400,00	Inl. gez. Condensm. 48/14	28,50—29,50
Malzkaffee, gepackt ..	23,00—25,00		

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarden.

Der Verlust ertragreicher Steinkohlengruben erzwang gebietlich die Auswertung der Braunkohle.

Die letzte Leipziger Technische Messe zeigte zum erstenmal einen großen Kreis der Öffentlichkeit, was auf dem Gebiet der Braunkohlenverwertung geleistet wurde und welche geoteknische Stoffe diese bisher so von oben herab angelehnte Gabe der Erde in Wahrheit ist. Braunkohle ist neben ihrem Hauptzweck, Wärme zu spenden, der Ausgangsstoff für Erzeugnisse der Kosmetik, man macht aus ihr Schuhschmiede und Bohnerwachs, Lacke und Kohlepapier, Phonolplatten und Imprägniermittel, und nicht zuletzt liefert sie hochwertige Rohstoffe für Verbrennungsmotoren.

90 000 Arbeiter graben in den Gruben nach der Braunkohle. Vor dem Kriege waren es nur 50 000. Während die Steinkohlenförderung im letzten Jahre gegenüber 1913 von 190 Millionen Tonnen auf 55 Millionen Tonnen zurückgegangen ist, ist die Braunkohlenförderung im gleichen Zeitraum von 87 Millionen auf 115 Millionen Tonnen gestiegen.

Eine immerwährende Vielfalt von Geräten und Maschinen ist durch die Verarbeitung der Braunkohle geschaffen worden. Abgesehen von den im Braunkohlenergänzung selbst benötigten Maschinen und Geräten sind vor allem die Neuerungen in der Konstruktion der Dampfmaschine beachtenswert, die mit riesigen Kolbenmaschinen bewehrt die gebrauchte Braunkohle der Verbrennung zuführen oder aber für die Verbrennung von feinsten Kohle eingerichtet sind. Auch Herde und Zimmeröfen haben die Ingenieure für die Verbrennung von Braunkohle geschaffen. Zum Mahlen der Kohle sind Trocken- und Mahlanlagen, Gefäßwagen für den Transport der Staubkohle und anderes mehr gebaut worden. Im Generator entsteht man der Braunkohle das Gas, wärmt es vor und erzeugt Wärmegrade bis zu 2000 Grad, die für viele Zwecke der keramischen und auch der Metallindustrie genügen. Hier muß ganz besonders darauf hingewiesen werden, daß es gelungen ist, das Braunkohlengas von seinem hohen Wasserstoffgehalt zu befreien, der lange Zeit eine sehr lästliche Beigabe dieses Erzeugnisses war.

Lehten Endes wird in der chemischen Abteilung die chemische Verarbeitung der Braunkohle dargestellt. Eine wahre Herentkühnung hat sich auf und zeigt den Weg von der rohen braunen Erde zum hochwertigen Endprodukt. Ein großer Teil der Stoffe, die mit den Wäldern, die im Sonnenlicht wuchsen, in den gewaltigen Ablagerungen unserer Braunkohlenbezirke begraben wurde, wird zu neuem Leben erweckt. Aus der Braunkohle wird Leinwand, und dieser wieder wandelt sich in die feinsten chemischen Produkte, denen der Käufer in Drogerien und Apotheken nun und nimmer mehr die Herkunft ansteht.

So hat die Braunkohle eine wirtschaftliche Bedeutung erlangt, die nicht unterschätzt werden darf. Sie ist dabei ein vollwertiger Ersatz für die verlorene Steinkohle zu werden. Allerdings ist ihre Verwendungsfähigkeit volkswirtschaftlich beschränkt durch ihr hohes Gewicht bei geringem Heizwert. Dieses Verhältnis führt herbei, daß die Verwertung der Rohbraunkohle trotz aller technischen Fortschritte nur in der dichten Nähe der Fundorte rentabel ist, weil bei großer Entfernung die Frachtkosten den Kohlenpreis weit übersteigen. Selbst die Gewinnung elektrischer Kraft am Fundort, die dann mit Hochspannungseinstellungen auf große Entfernungen billig forttransportiert wird, vermag dieses Hindernis nicht ganz zu beseitigen. Die letzten Fortschritte der Verwertung eröffnen jedoch Möglichkeiten, deren Endwirkungen noch nicht zu übersehen sind.

BORG ZIGARETTEN FÜR QUALITÄTSRAUCHER

Außergewöhnlich billig!

Gardinen - Decken

Etamine-Halbstores
mit Einsatz und Volant **3.75**

Madras-Garnituren
in hübschen Must. 3-teil. **9.50**

Gardinenstoffe

Scheibengardinen halbbare Gewebe, Mtr. 85 **45 Pz.**

Gardinen Schalbreite in mehreren Mustern Mtr. 1.10 **85 Pz.**

Gardinenmull ca. 120cm breit, versch. Punkte, Mtr. 1.25 **1.95**

Etamine 150 cm breit, gute Qualität . . . Mtr. 1.05 **1.65**

Madrasstoffe 120 cm breit, dunkelgrünig . . . Mtr. 4.00 **3.75**

Garnituren

Künstlergarnitur, gewebt, 3-teilig . . . 6.90 **4.80**

Künstlergarnitur, extra br. Schale, 3-teil. 12.80 **9.75**

Künstlergarnitur, Etamine u. Eins. 3-teil. 9.75 **7.90**

Etamine-Halbstoren, Einsatz u. Volant 6.50 **4.90**

Madrasgarnitur, halbgardig, 3-teilig, 12.00 **11.50**

Bettdecken

Bettdecken 1-teilig, gewebt, 3.95 **3.95**

Tüll 5.75

Bettdecken 2-teilig, gewebt 10.50 **8.75**

Bettdecken gewebt, elegant, Ausführg. 17.00 **13.50**

Bettdecken Etamine u. Eins. 3-teilig . . . 13.50 **14.50**

Bettdecken Etamine u. Eins. 3-teilig, 23.50 **23.50**

Tisch- und Divandecken

Leinen-Tischdeck. reich dekoriert, ca. 120x150 6.50 **4.95**

Tischdecken Fantasiemuster halbbare Qualität 12.50 **8.75**

Gobelin-Tischd. Verdur u. Persernat 21.50 **17.50**

Divandecken 140x200, Fantasiemuster 14.50 **9.75**

Divandek. 100x200, Pers. u. Verdurmuster 19.50 **16.50**

Möbelstoffe

Möbelkattun 60 cm breit, in hübschen Must. Mtr. 1.95 **98 Pz.**

Möbelkrepp ca. 120cm breit u. doppelt, Mtr. 2.50 **2.95**

Dekorationsstoffe 130cm breit, mod. Fant. Mtr. 2.50 **2.60**

Gobelinstoffe 130cm breit, Verdurmuster . . Mtr. 6.75 **5.50**

Künstlerleinen 80 u. 120 cm breit Mtr. 2.45 **1.30**

Vorlagen - Läuferstoffe

Vorlagen in hübschen Mustern 2.75 **1.95**

Tapestry-Panorama, in gr. Formaten 7.90 **6.50**

Brücken Persernat, schw. Qual. ca. 90/180 29.50 **31.50**

Läuferstoffe ca. 67 cm breit, halbbare Qualität, Mtr. 1.90 **1.20**

Tapestry- mit Souveränität, ca. 67 cm breit . . Mtr. 7.75 **6.50**

Wachstuch ca. 100 cm breit, gute Beschneidung, qualitativ Mtr. **2.50**

PERMANENTE AUSSTELLUNG in Teppichen, Läufer und Dekorationsstoffen

Covertcoat ca. 140 cm breit für Koutinen und Mäntel . . . Mtr. **5.75**

Kleiderstoffe

schwarz-weiße bar. Mtr. 1.10 **95 Pz.**

Blusenstoffe hübsche Streifen Mtr. 1.45 **1.25**

Schotten für Kleider und Blusen, Doppellinien . . . Mtr. 1.95 **1.45**

Rockstreifen hübsche Stellungen . . . Mtr. 2.25 **2.25**

Kleiderstoffe

Gabardine 130cm breit, in mehreren Farb. Mtr. 7.90 **6.50**

Kammg. Twill 150cm breit, reine Welle . . . Mtr. 9.50 **7.90**

Kleiderstoffe

Wolltrikot ca. 140 cm breit, in schönen Farben . . Mtr. **7.75**

Woll-Musseline einfarbig, gr. Sortiment Mtr. **2.25**

Crepe - Marocain Baumwolle mit Seide, in verschiedenen Farben . Meter **5.25**

Besatzseide in vielen Farb. Mtr. **2.75**

Seidentrikot ca. 150 cm breit, in schönen Lichtfarben Mtr. **8.50**

Kleid-Sammel 120cm breit, 1. Koutur-Kleid Mtr. 10.50 **7.50**

Steppdecken doppelseitig, Handarb. 25.00 **21.00**

Donegal ca. 140 cm breit für Kostüme u. Mäntel . . Mtr. **3.90**

Hemdenstoffe starkfädige Qualität Mtr. **65 Pz.**

Linon Mtr. Bett- und Leinwand, 90cm breit, Mtr. 1.10, **85 Pz.**

Schlafdecken

Serie IV extra schwer D. 50 **3.99**

Serie III Jacquardmuster **2.99**

Serie II **2.95**

Serie I **2.45**

Ein Posten Dreihandtücher gestickt u. gebändert **68 Pz.**

Ein Posten Hemdenlanelle Mtr. **58 Pz.**

Damen-Konfektion:

Sportjacken aus Strichcovercoat **9.50**

Frühjahrs-Mäntel mod. Wickel u. Strichnov. . . 10.75 **12.75**

Donegal-Mäntel mod. Formen 19.75 **13.50**

Gabardine-Mäntel jugendliche Formen . 30.75 **29.50**

Indemann & Co

AKTIENGESELLSCHAFT

Damen-Konfektion:

Tuch-Mäntel elegante Ausführung 49.80 **39.00**

Backfisch-Kostüme 2. reinwollig, Cheriot 30.50 **29.50**

Gabardine-Kostüme mod. Volant, form. 55.00 **42.50**

Donegal-Kostüme feine Sportformen . 48.00 **39.50**

Zeugen im Kreuzverhör.

Für und wider Kahr-Losow.

München, 7. März. (BS.)

In der weiteren Vernehmung des sogenannten „Presseschefs“ Kahrs, Schiedt, äußerte sich dieser Zeuge auf Befragen des Justizrats Schramm über die Anstellungsverhältnisse im Generalstaatskommissariat. Es sei den dort hingerufenen Kollegen klar gewesen, daß die Voraussetzung für ihre Anstellung die Dauer des Generalstaatskommissariats gewesen sei.

Justizrat v. Zeschmih: Haben Sie die Androhung der Todesstrafe auch in Ihrer Beamteneigenschaft getan? Zeuge: Ich habe das Gespräch mit meinem eigenen Verlagsdirektor geführt, der es übernommen hat, die übrigen Blätter von dem Verbot zu benachrichtigen. Es wird mir doch erlaubt sein, dabei Worte zu gebrauchen, wie ich sie für richtig halte.

Staatsanwalt Chardt: Die Staatsanwaltschaft hat hinsichtlich der Beamtenstellung des Zeugen eine Entscheidung des Ministeriums und eine eventuelle Entbindung vom Amtsgeheimnis beantragt.

R.-A. Roder: Der Wortlaut Ihrer Anweisung über das Nichterscheinen der Presse, die Sie Ihrem Verlagsdirektor gegeben haben, ist in der Anlage 7 des Geheimberichts des Generals v. Losow enthalten. Dort heißt es wörtlich: Buchner erhielt folgenden Auftrag: Das Erscheinen der Morgenblätter in ganz München ist verboten. Rufen Sie, bitte, alle Zeitungen an und erklären Sie ihnen im Auftrage des Generalstaatskommissars und unter Berufung auf mich (Schiedt), daß keine Zeitung heute früh herauskommen darf. Ich mache Sie auf den Ernst des Verbotes und auf die furchtbaren Folgen einer falschen Orientierung der Öffentlichkeit aufmerksam. Die Ausgabe von Zeitungen ist bei Todesstrafe verboten.

Zeuge: Ich habe natürlich genau gewußt, was ich gesagt und geschrieben habe. Ich habe den Ernst der Dinge sehr wohl hervorgehoben. Eine andere Handlungsweise wäre bei meiner Stellung leichtfertig gewesen.

Auf Befragen des Rechtsanwalts Hemmeter bekundet der Zeuge noch, daß er Herrn v. Kahr seit mehreren Jahren kenne und in den vollständigen Nachnamen mit ihm übereinstimme. Die bayerische Staatsangehörigkeit besitze er, der Zeuge, nicht.

Vors.: Sie sind aber Deutscher?

Zeuge: Jawohl.

Damit war die Vernehmung dieses Zeugen vorläufig beendet.

Militärische Zeugen für Kahr.

Als nächster Zeuge wurde der aus dem Weltkrieg bekannte Heerführer Generaloberst Graf v. Bothmer vernommen. Er schildert, wie er zur Verhüllung im Bürgerbräu gegangen sei. Es sei sein erster Ausgange nach längerer Krankheit gewesen, und über die vorhergehenden Dinge war er nicht unterrichtet. Schon auf dem Wege zum Bürgerbräu seien ihm die zahlreichen Bewaffneten mit Stahlhelmen auf, die dem gleichen Ziel zustrebten, und er habe den Eindruck, daß es sich um eine Nachtübung handle. Im überfüllten Saal selbst sei er dann von Kommandant Zeng auf einen Tisch unmittelbar am Bobium geführt worden, wo er neben Herrn Pöhner gesessen habe. Dem Zeugen fiel damals auf, daß sich unter den Anwesenden auch zahlreiche Offiziere in Uniform befanden. Dann gibt Graf Bothmer eine Darstellung, wie Hitler in Begleitung Bewaffneter in den Saal einströmte und die Herren Kahr, Losow und Seiber hinausbrachte. Seine Schilderung von dem Wiedererscheinen der drei Herren ist folgende:

Der Befehl der Versammlung erhielt seinen Höhepunkt, als Kahr die Erklärung abgab, daß er als Statthalter der Monarchie das ihm übertragene Amt annehme.

Jeder der drei Herren hielt dann die bereits bekannten Ansprachen, worauf Hitler ihnen die Hand reichte und zum Schluß das „Deutschlandlied“ gesungen wurde. Ich hatte den Eindruck, daß es sich um einen wohl vorbereiteten und durch keinerlei Abwehrmaßnahmen gehemmten brutalen Ueberfall handele, der mich lebhaft an die Vorgänge beim Umsturz und während der Räterepublik erinnerte.

Auf Befragen des Vorsitzenden betont Graf Bothmer nochmals, daß er den Eindruck hatte, daß die Erklärungen unter Zwang abgegeben worden seien. Besonders Oberst v. Seiber sei dabei auffallend blaß gewesen.

R.-A. Hemmeter: Haben Em. Erzählung es für möglich gehalten, daß ein deutscher Offizier ein in einem solchen Augenblick gegebenes Wort nachträglich bricht?

Zeuge: Ich weiß nicht, ob die Herren ihr Wort wirklich gegeben haben. Die Frage, ob ein Offizier sein Ehrenwort hält, bedarf keiner Erörterung. Ein deutscher Offizier bricht sein Ehrenwort nicht.

Weiter erklärte der Zeuge auf Befragen des R.-A. Holl, daß er im ersten Augenblick geglaubt habe, es handle sich um ein Attentat auf Kahr. Erst als Hitler die Pistole sinken ließ, erkannte er, daß das Unternehmen sich nicht gegen Kahr richtete.

Justizrat v. Zeschmih: Herr Generaloberst, hatten Sie auch das Verhalten des Chefs der 7. Division, des Generals v. Losow, in der Zeit vom 21. Oktober an für treue Pflichterfüllung?

Zeuge: Ich habe mit den ganzen vorhergehenden Vorgängen nichts zu tun und weiß auch nicht, ob General v. Losow hätte anders handeln können. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß über die ganze Angelegenheit ein Urteil vorbehalten werden muß, solange nicht eine gerichtliche Klärung herbeigeführt worden ist.

Justizrat v. Zeschmih: Die Inpflichtnahme der Reichswehr kann Ihnen doch aber nicht entgangen sein.

Zeuge: Das nicht, wohl aber die Motive.

Zeschmih: Ich habe ja auch nicht nach den Motiven gefragt, sondern danach, ob Sie das als treue Pflichterfüllung betrachten.

Vors.: Ich kann diese Frage nicht zulassen, weil sie ein Werturteil darstellt.

Auf wiederholtes Befragen der Verteidigung bleibt der Zeuge dabei, daß er bei den ganzen Vorgängen den Eindruck des Zwanges gehabt habe, der auf die drei Männer ausgeübt worden sei. Kahr sei tiefenrot gewesen, hätte aber volle Selbstbeherrschung gezeigt. Losow, der eine kalte Soldatennatur sei, habe sich wenig anmerken lassen. Dagegen habe man Oberst v. Seiber ganz deutlich eine tiefe Depression anmerken. Nach Ansicht des Zeugen handelte es sich um einen psychischen und moralischen Zwang, um so mehr, als der Ueberfall geradezu mit Raffinement ausgeübt worden sei. Auf Befragen des R.-A. Roder bestätigt Graf Bothmer noch, daß er eine direkte Gewaltanwendung Hitlers gegenüber den drei Herren nicht bemerkt habe. Dagegen habe Hitler ihnen das Zeichen gegeben, daß sie das Wort ergreifen sollten.

Hitler: Es war doch ganz klar, daß sich auf den Gesichtern der drei Herren der bedeutungsvolle Vorgang widerspiegelte. Wenn die Herren tatsächlich sich beteiligen wollten, dann hätten sie doch auch steiferne und eraristome Gesichter gemacht.

Der folgende Zeuge, Universitätsprofessor Dr. Alexander v. Müller, schilderte ebenfalls seine Wahrnehmungen im Bürgerbräu. Er erklärte, es sei ihm aufgefallen, daß er schon auf dem

Wege zur Versammlung Sturmtroopier gesehen habe, und daß er am Eingang des Lokals den Angeklagten Kriebel in voller Uniform stehen sah. Ich dachte: Entweder ist hier eine Einigung erfolgt oder

es gibt Sturm.

Der Zeuge schildert seinen Eindruck während der tumultuösen Vorgänge im Saal: Man hatte das Gefühl, in einer Mausefalle zu stehen. Daß Reichswehr und Landespolsizei mitmachten, verursachte keine Beruhigung unter den Anwesenden, denn man hörte Rufe, wie „Mexiko“, „Südamerika“ usw. Erst Hitlers geschickte Rede und vor allem seine Drohungen mit dem Maschinengewehr ließ Ruhe eintreten. Aber man war doch der Ansicht, daß alles abgekartete Sache sei. Ich hatte die Ansicht, daß Kahr und seine Umgebung über die Vorgänge vollkommen bestürzt waren. Ich glaube weiter, daß uns Hitler im Saal eingesperrt halten würde, wenn eine Einigung mit Kahr nicht zustande komme. Das passiert wäre, wenn irgendein Bewaffneter eine Unbesonnenheit begangen hätte, läßt sich in dem überfüllten Saal gar nicht ausdenken. Dann kamen nach Beendigung der Besprechung alle Herren wieder und nahmen das Wort. Kahr war sehr ernst, Hitler zeigte eine ganz kindliche Freude. Ludendorff war toternt, sah vor Erregung. Er machte den Eindruck eines Mannes, der weiß, daß es

hier um Leben und Tod geht.

Als ich am nächsten Tag hörte, Ludendorff sei gefallen, sagte ich sofort: Er sah gestern abend schon so aus, als müßte er, was ihm bevorstehe. Losow hatte etwas Spöttisches an sich. Er machte ein listiges Lächeln und Seiber war erregt. Bemerkenswert war der Handschlag zwischen Kahr und Hitler. Beide Männer standen auf dem Bobium Hand in Hand, und diese Gruppe erinnerte mich lebhaft an die Rüstlinge. Ich war ehrlich erschüttert.

Justizrat Schramm: Haben Sie gehört, daß zwischen Kahr und Losow das Wort „Komödie spielen“ ausgetauscht wurde?

Zeuge: Nein.

Justizrat Bauer: Hatten Sie den Eindruck, daß die beiden Herren überhaupt Komödie spielen wollten?

Zeuge: Auch das nicht. Ihnen beiden schienen die Vorgänge ganz ernst zu sein.

R.-A. Mayer: Hatten Sie die Empfindung, daß Hitler ein Amt anstrebte?

Zeuge: Ich hatte Hitler vorher schon gehört und er hatte geäußert, daß er die politische Stellung bis zur Abrechnung mit den „Novemberverbrechern“, wie er sagte, haben wollte. Seine Ausführungen in der Versammlung gingen allerdings über das hinaus, was er früher gesagt hatte.

Pernet will Devisen fangen.

Vors. zu dem Angeklagten Pernet: Sie haben doch, als die Versammlung aus war, am Eingang die Passkontrolle gehabt? Weshalb war denn diese eingerichtet worden? Wollten Sie die Abgeordneten feststellen?

Angekl. Pernet: Die Kontrolle war nur für Ausländer und ein paar Juden.

Vors.: Das hat doch aber gar keinen Sinn, was Sie da sagen. Deswegen richtet man doch keine Kontrolle ein.

Angekl. Pernet: Wir wollten

Stichproben auf Devisen

machen. (Heiterkeit.) Hitler: Wir wollten die Devisen selbstverständlich der Polizei übergeben.

Weitere Entlassung für Kahr.

Zu neuen sehr erheblichen Zusammenstößen kam es bei der Vernehmung des Oberregierungsrats Sommer vom Ministerium des Innern. Der Zeuge hatte seine Aussage schriftlich fixiert und begann sie vor Gericht zu verlesen. Als R.-A. Göb dagegen Einspruch erhob, erklärte der Zeuge in sehr heftiger Sprache: Ich bitte, nicht fortwährend unterbrochen zu werden, ich verlange das gleiche Recht wie die Angeklagten, die hier stundenlang ohne Unterbrechung ihre Ausführungen haben machen können. Ich lasse mich jedenfalls von Ihnen nicht irremachen.

Der Zeuge schilderte dann die Vorgänge im Saal und erklärte, daß man im Publikum bei der Abführung Kahrs die Empfindung gehabt habe, als ob es sich um eine schwere Vergewaltigung der Regierungsmänner handele. Ebenfalls sei die Abführung des Ministerpräsidenten v. Knilling mit Murren aufgenommen worden, einige Leute hätten sogar gerufen: „Schickt doch!“ Er, der Zeuge, habe dann versucht, die Angehörigen Knillings von der Verlastung des Ministerpräsidenten zu benachrichtigen, doch sei ihm zunächst jedes Telefongespräch unterzagt worden. Schließlich habe er sich an Oberleutnant Kriebel gewandt, der ihm erklärte: „Ich schätze Herrn von Knilling als nationalen Mann sehr hoch ein und den „Kampfbund“ trennt in der Sache nichts als das Tempo.“ Diese Auffassung, so äußert sich der Zeuge, ist allerdings, wie ich hier betone, ein fundamentaler Irrtum. Ich wollte mich an Stelle meines hochverehrten Chefs des Herrn v. Knilling als Beisel zur Verfügung stellen, doch wiesen die Führer mich zurück mit der Erklärung, daß ihnen an meiner Person nichts gelegen sei. (Heiterkeit im Zuhörerraum.) Später wurde ich doch vorübergehend in Schutzhaft genommen, aber nach einer halben Stunde wieder befreit. Ich kam nun in den Saal zurück, und zwar in dem Augenblick, als Erzzenly v. Kahr aus dem Nebenzimmer von der Besprechung kam. Ich war in Sorge um meinen hochverehrten Chef Knilling, ging zu Herrn v. Kahr heran und rief ihm zu: „Sorgen Sie vor allem dafür, daß Erzzenly Knilling freigegeben wird.“ Kahr antwortete mir: „Ach Herr Kollerer, ich bin tief traurig, Sie haben ja selbst gesehen, daß ich gezwungen worden bin. So etwas tut man doch nicht.“

R.-A. Göb: Herr Zeuge,

wann haben Sie diese schriftlichen Aufzeichnungen gemacht?

Zeuge: Die Frage gehört wohl hier nicht zur Sache, aber ich will Ihnen doch mitteilen, daß das erst in den letzten Tagen geschahen ist.

Heftige Zusammenstöße.

R.-A. Meyer: Ist dem Zeugen die bekannte Schmähschrift „Ludendorff in Bayern“ bekannt?

Zeuge: Ich bitte den Herrn Vorsitzenden zu entscheiden, ob ich diese Frage beantworten muß. Vors.: Da sie zum Thema gehört, gewiß.

Zeuge (sehr erregt): Ich lehne diese Frage doch ab, denn ich betrachte mich nicht als eine unter hydraulischem Druck stehende Nachrichtenquelle zur Ausbeutung irgendwelcher politischen Zwecke.

R.-A. Meyer (sehr erregt): Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, diesen ganz groben Anwurf des Zeugen energisch zu rügen.

Vors.: Ich hatte nicht alles verstanden. Wenn der Herr Zeuge die Verteidiger beleidigt hat, so erkläre ich das für ungebührlich.

Zeuge: Ich beantrage darüber einen Gerichtsbeschluss, ob ich die an mich gerichtete Frage zu beantworten habe. Ich sage

hier nur über Dinge aus, die zu dem Prozeß gehören. Ich kann aber jedenfalls unter Eid erklären, daß ich den Verfasser nicht kenne.

Justizrat Schramm: Ihr Verhalten ist doch außerordentlich merkwürdig und auffällig. Warum lehnen Sie erst die Beantwortung der Frage ab und versuchen einen Gerichtsbeschluss herbeizuführen, wenn Sie hinlänglich erklären, Sie kennen den Verfasser nicht.

Die Verteidigung hat Zweifel an der Wahrheit dieser Ihrer Aussage.

Zeuge (in heftigster Erregung): Das ist geradezu unerhörte. Sie werfen mir ja hier Eidesverletzung vor. Ich erkläre nochmals, ich kenne den Verfasser nicht.

Vors.: Ich muß auch sagen, daß Ihr Verhalten außerordentlich auffällig ist. Sie brauchen doch keinen Gerichtsbeschluss zu verlangen, wenn Sie rund heraus erklären, Sie kennen den Verfasser und die Broschüre nicht.

R.-A. Meyer: Wissen Sie vielleicht, aus welchen Kreisen der Verfasser der Broschüre stammt?

Zeuge: Auch das nicht.

Justizrat v. Zeschmih: Ich bitte das Manuskript dieses Zeugen zu den Gerichtsakten zu nehmen, da ich glaube, daß es mit seiner Aussage in der Vorunternehmung wörtlich übereinstimmt.

Staatsanwalt Chardt (aufspringend): Ich bitte Herrn von Zeschmih zu fragen, ob er damit der Staatsanwaltschaft den Vorwurf der Pflichtverletzung machen will?

Justizrat v. Zeschmih: O nein, wenn ich etwas sage, dann sage ich es auch deutlich.

R.-A. Roder: Ist Ihre schriftliche Aussage etwa in mehreren Exemplaren hergestellt worden?

Zeuge: Ausgeschlossen.

R.-A. Gode mann: Warum hat denn der Zeuge seinen von ihm hochverehrten Chef v. Knilling dazu veranlaßt, die Versammlung im Bürgerbräu zu besuchen?

Zeuge: Das sind Vorgänge, über die ich nicht aussage, weil sie zu meiner Amtsverpflichtung gehören.

Darauf tritt eine Pause ein

In der Nachmittagsitzung wurde in der Zeugenvernehmung über

die Vorgänge im Bürgerbräu

fortgefahren. Nachdem Justizrat v. Zeschmih als Verteidiger Ludendorffs gegenüber verschiedenen Ausführungen der Presse der Bayerischen Volkspartei feststellte, daß Ludendorff in seiner Verteidigungsrede sich nicht als „Groß-Preuße“, sondern als Deutscher bezeichnet habe, wurde der Fabrikbesitzer Buchner, der frühere Stadthauptmann der Einwohnerwehr, vernommen. Er führte aus, daß ihm bei der Erklärung des Herrn v. Kahr aufgefallen sei, daß dieser als Statthalter der Monarchie gesprochen habe. Ludendorff sei offensichtlich schwer erschüttert und anschließend völlig überdrüssig gewesen. Auf jeden Fall seien sich die drei Herren Kahr, Losow und Seiber des Ernstes der Sache bewußt gewesen, und nach seiner Auffassung hätten sie ihre Erklärungen auch ernst gemeint. Er sei am anderen Tage sehr überrascht gewesen, daß die Herren wieder umgefallen seien.

R.-A. Roder: Wußten Sie etwas davon, daß Kahr, Losow und Seiber nach Berlin marschieren wollten?

Zeuge: Eine Auseinandersetzung mit Berlin war ja klar, ob man marschieren wollte, weiß ich nicht.

R.-A. Hemmeter: Kennen Sie die „veni-vidi“-Broschüre?

Zeuge: Nein.

Der nächste Zeuge, Kriminaloberkommissar Herrmann, äußerte sich sehr ausführlich über die scharfen Abwehrmaßnahmen, die die Hitler-Beute am Bürgerbräu vorgenommen hätten. Man habe ihn als Polizeibeamten erkannt, ihn aber ausdrücklich nicht durchgelassen.

Vors.: Sie sollen an Hitler über die Vorfälle im Bavarica-Bierzel Meldung erstattet haben?

Zeuge: Nein, nicht an Hitler, sondern an Pöhner und Frid. Ich weiß nur, daß die Nationalsozialisten selbst mehrere Postautos mit ihren Leuten dorthin entsandt haben, um Ruhe zu schaffen. Außerdem sollte nach den Schutzmannspatrouillen je ein Nationalsozialist beiagegeben werden.

R.-A. Roder: Hatten Sie den Eindruck, daß es sich um ein legales Unternehmen handelte?

Zeuge: Ja, gewiß, ich hatte das Gefühl, daß jeder Widerstand zwecklos sei, weil ja alle Wuchsmittel des bayerischen Staates zusammenstanden und deswegen glaube ich an eine legale Aktion. Auf weiteres Befragen erklärt der Zeuge, daß er keinen Anhalt dafür habe, daß Oberamtmann Dr. Frid von dem Unternehmen vorher unterrichtet gewesen sei. Im Bürgerbräu sei Dr. Frid dann später genannt und gesucht worden.

Der Zeuge Generalmajor Ritter von Hemmeter bestätigt die Darstellung, die von mehreren Zeugen in der Vormittagsitzung gegeben worden war, namentlich daß sich in Begleitung Hitlers beim Eindringen in den Bürgerbräu auch ein Mann mit einer Maschinengewehr befunden habe. Kahr sei über den Ueberfall sehr entsetzt gewesen. Auf den Zeugen habe die ganze Sache einen widerlichen Eindruck gemacht, weil es sich um ein überflüssiges Eindringen auf den höchsten Beamten des Landes handelte. Die Enttäuschung habe sich auch auf die anderen Herren, Losow und Seiber, übertragen. Als sie wieder in den Saal zurückkehrten, seien ihre Mienen nicht so gewesen, daß man annehmen konnte, sie seien mit ganzem Herzen bei der Sache. Den gleichen Eindruck hat der Zeuge von den Erklärungen gewonnen, die er als ziemlich nichtssagend bezeichnete. Besonders von Losow und Seiber habe er die Auffassung gehabt, daß sie nur gezwungen das Wort ergreifen hätten. Anscheinend hätten sie gar nicht reden wollen, sie seien aber förmlich dazu veranlaßt worden, irgendwelche Erklärungen abzugeben. Genau so sei es mit dem Handbeschütten Kahrs bestellt. Kahr habe nicht freiwillig seine Hand gegeben, sondern

Hitler habe Kahrs Hand ergriffen und sie sehr kräftig geschüttelt.

(Heiterkeit.)

Vors.: Sie sollen dann am Abend des 8. November im Kreise ehemaliger Offiziere des 8. Regiments geäußert haben, Sie freuten sich, daß die Sache zustande gekommen sei.

Hitler: Glauben Sie, daß die drei Herren, die nicht gewohnt sind, in Versammlungen zu sprechen, improvisiert reden können?

Zeuge: Von Kahr und Losow weiß ich es, Seiber habe ich noch nicht sprechen hören.

Hitler: Herr General,

haben Sie Kahr schon einmal ohne Konzept sprechen hören?

Zeuge: Nein.

Hitler: Danke sehr. (Heiterkeit.)

Rechtsanwalt Roder: Herr General, es wird von anderen Zeugen bestritten, daß in Hitlers Begleitung ein Mann mit einer Maschinengewehr war. Ist Ihnen dieser Gedanke nicht erst seit dem Studium der Denkschrift Losows gekommen?

Zeuge: Aber kein Gedanke. Die Maschinengewehr ist mir sofort aufgefallen. Mich hat diese Tatsache noch sehr berührt.

Justizrat Kohl: Sie nennen die drei Erklärungen nichtssagend. Wenn Kahr aber sagt: In des Vaterlandes schwerster Not über-

...habe ich die Stellung der Geschichte Bayerns als Statthalter der Monarchie usw. dann ist das doch nicht nichts sagend.

Zeuge: Dann trifft das zum mindesten auf die Erklärungen der beiden anderen Herren zu. Uebrigens war der Beifall den ganzen Abend nicht so groß als bei der Aeußerung Kahr's als Statthalter der Monarchie.

Justizrat Kohl: Und Löffow sprach von der schwarzweißen Fahne. Das ist doch für einen General nicht nichts sagend. — Der Zeuge juckt die Nase.

Nachtsam, Hemmeter: Sie haben bei Ihrer ersten Bernehmung befunden, daß die drei Herren nur unter Waffengewalt Sa gesagt hätten.

Zeuge: Das muß ich natürlich korrigieren, denn ich bin nicht dabei gewesen als sie Sa sagten.

Der folgende Zeuge Ministerialdirektor Dr. Müller bezeichnet aus freien Einträgen, die er im Bürgerbräukeller hatte, daß das Aufsitzen der Hitler-Beute in der Versammlung ungeheurer Empörung ausgelöst habe. Als dann die Herren gemeinsam aus dem Verhandlungszimmer in den Saal zurückgekehrt seien, sei es ihm gelungen bei dem Händedruck zwischen Kahr und Hitler, daß Kahr sogar seine linke Hand auf Hitler's rechte legte, um sich so gewissermaßen noch mehr zu befestigen. Als ich aber Löffow und Seiser ins Gesicht sah, da kannte ich mich nicht mehr aus. Da mußte ich, daß irgend etwas nicht stimmte.

Runmehr wurde der Führer des Hermann-Bundes, Generalleutnant Ritter von Reinhold vernommen, der ebenfalls im Bürgerbräukeller anwesend war. Die Nachricht, daß Ludendorff komme, wandelte die erregte Stimmung der Menge in Begeisterung um. Mir, der ich die Verhältnisse genau kannte, war es klar, daß der Entschluß Kahr, Löffow und Seiser sowie Ludendorff furchtbar schwer gefallen sein muß, daß es die erste Stunde dieser vier Männer im Leben bedeutete.

Vors.: Sie sollen doch aber am 9. November vormittags Ihren militärischen Unterführern im Hermann-Bund erklärt haben, daß Sie sich hinter die neue Regierung stellen.

Zeuge: Gewiß, denn ich halte mich ja vorher Herrn v. Kahr zur Verfügung gestellt und ich war am 8. abends unbedingt der Meinung, daß zwischen Hitler und Kahr ein fester Bund geschlossen sei.

Justizrat Schramm: Ich habe hier folgendes Schreiben der unterzeichneten Verbände, zu denen auch der Hermann-Bund gehört, an Herrn v. Kahr in der Hand, in dem es folgendermaßen heißt: „Durch eine Generalamnestie sollen alle Verbände zusammengeführt werden, der Kampf gegen den Marxismus ist praktisch aufzunehmen durch Auflösung der sozialistischen und kommunistischen Partei. Die Weimarer Verfassung ist für aufgehoben zu erklären, und es ist lediglich eine nationale Reichsdiktatur zu unterstellen. Die Verbände erbiten bis Sonntag abend um 10 Uhr die Nachricht, ob er diesen Forderungen zustimmt, widrigenfalls sie ihre Beute nicht länger bei der Stange halten können.“ Wenn Sie dieses Schreiben mit unterschrieben haben, so standen Sie also auch auf dem Standpunkt, daß die Weimarer Verfassung geändert werden muß?

Zeuge: Ich erkenne das Schreiben an, gebe aber darauf keine Antwort. (Bewegung im Saal.)

Justizrat Schramm: Sie haben aber am 9. November im Hermann-Bund Ihre Leute mit den Worten begrüßt:

Heil, die Würfel sind gefallen!

Das deutet doch auf Ihre Zustimmung zu dem gemeinsamen Unternehmen und steht im Widerspruch zu Ihrer vorherigen Behauptung.

Zeuge: Wenn Sie mich bei diesen Worten gesehen hätten, dann wären Sie anderer Ansicht.

R.A. Gademann: Hatten Sie den Eindruck, daß die drei Herren in der Versammlung Komödie spielten?

Zeuge: Nein.

R.A. Meyer: Demnach bleibe ich bei meiner Ansicht: *estemur censeo*, Erz. Kahr, esse audiendum. (Kahr muß hier vernommen werden.)

Kref von Kressenstein für die Reichswehr.

Unter allgemeiner Spannung folgte dann die Vernehmung des Chefs der bayerischen Reichswehr, des Generalleutnants Kref von Kressenstein. Er erklärte: Ich bitte mich zu gestatten, als Führer der 7. bayerischen Division

als berufener Vertreter der Reichswehr

den Beschimpfungen und Angaben der Reichswehr entgegenzutreten, die nicht länger unabweisbar bleiben dürfen. Es ist behauptet worden, daß auf dem Odeonsplatz aus einem Karsthaus am 9. November Schüsse abgefeuert worden sind. Ich bitte den Eid aller Mannschaften an, daß am 9. November nicht ein Schuß abgegeben worden ist, und ich bitte den Eid des Waffenunteroffiziers an, der die Munition kontrollierte, daß auch nicht eine einzige scharfe Patrone fehlte. Der Postkrieger hat dagegen zwei Treffer erhalten. Ferner ist behauptet worden, daß Oberleutnant Braun den Leutnant Kadella erschossen hat. Ich bitte den Eid aller Leute der Kompanie des Oberleutnants Braun an, daß Oberleutnant Braun an dem fraglichen Tage nicht einen Schuß abgegeben hat. Oberleutnant Braun soll ferner gesagt haben: „Ich bin Soldat und werde dafür bezahlt“, und er soll versucht haben, den Offizieren der Kompanie Röhm die Achselstücke abzuhaken. Nicht ein Mann der Kompanie Braun kann diese Verhöhnung bestätigen. Im Namen der Reichswehr bitte ich jetzt, daß derjenige Angeklagte, der diese Behauptung aufgestellt hat, gegen einen ehemaligen Kameraden, der an der Front vier Jahre lang tapfer gekämpft hat und fünfmal verwundet worden ist, endlich auch die Beweise für seine Behauptungen bringe.

Der Major im Generalsstab Endres macht die gleichen Angaben: Ich unterlasse es, auf die Vorwürfe einzugehen, die hier vor Gericht gegen die Reichswehr auch sonst erhoben worden sind. Die Reichswehr hat am 9. November blutenden Herzens ihre Pflicht getan. Wenn man alaubt, auf die Reichswehr verkehrend einwirken zu können, so täuscht man sich. Die Angriffe auf die Reichswehr bedeuten eine Belastung, die sie gerade jetzt noch fester zusammengeklebt hat.

Justizrat Schramm: Diese Erklärung hier ist um so eigenartlicher, da das, was Erzellenz Kref v. Kressenstein hier vorzutragen, durchaus keine Zeugenaussage ist, sondern der Anfang...

Vors. (unterbrechend): Wollen Sie lennen, welche Frage stellen?

Justizrat Schramm: Die Reichswehr darf doch schließlich nicht so empfindlich sein, daß sie bei dem, was hier von den Angeklagten vorgebracht wird, etwa glaubt, sie wird als Truppe im ganzen anerniedrigt. Heute war ein Angehöriger der Familie Cadella hier und teilte mit, daß erst gestern ein Offizier zu seiner Familie gekommen sei, der Nachfrage hielt, ob es richtig sei, daß Leutnant Cadella lebend gefangt habe: „Braun hat mich erschossen.“

Die Aeußerungen des Oberleutnants Braun.

Justizrat Schramm beantragte dann die Ladung einer ganzen Reihe von Zeugen, die noch weitere Aeußerungen des Leutnants Braun bekunden sollen. So soll Braun vor dem Kommando aus der Kaserne seinen Karabiner umgehängt und gesagt haben: „Wenn wir mit diesen Leuten zusammentreffen, dann schnell schießen und genau hinhalten.“ Ferner soll er gesagt haben: „Glaubt Ihr, ich trage meinen Karabiner zum Vergnügen? Wenn ich in die Stadt komme, dann werde ich jeden dieser Hunde mit Vergnügen niederknallen.“ (Bewegung.)

Oberleutnant Braun hat ferner den Versuch gemacht, so erklärt Justizrat Schramm, den Offizieren der Verbände ihre Offiziersabzeichen abzuhaken. Justizrat Schramm betont noch, es tue ihm sehr wehe, diese Dinge zur Sprache zu bringen, die er lieber unter den Tisch hätte fallen lassen, aber er könne keinen Mandanten, Hauptmann Röhm, nicht der Unwahrheit zeihen lassen.

General Kref v. Kressenstein: Ich bitte, daß dem Oberleutnant Braun Gelegenheit gegeben wird, sich hier selbst gegen die schweren Angriffe zu verteidigen.

Justizrat v. Jeszchwich: Erzellenz haben über die Reichswehr den schließenden Schluß gehalten. Haben Erzellenz damit auch das Verhalten des Generals v. Löffow am 21. Oktober im Bürgerbräu und gegenüber Erzellenz Ludendorff mitgedacht?

Vors.: Diese Frage gehört nicht zur Sache.

Erzellenz Kref: Ich verweigere die Auskunft darüber. Ich hatte diese Frage nicht für zugehörig zu der Materie, für die mir vom Reichswehrministerium von unserer Amtsoberleitung erteilt worden ist.

R.A. Dr. Luetaeburne: Es wäre doch wünschenswert, wenn ein für allemal fest festgestellt würde, ob und inwieweit die Zeugen vom Amtsgeheimnis entbunden sind.

Staatsanwalt Hardt: Die Staatsanwaltschaft hat dafür Sorge getragen, daß in dem notwendigen Umfang die Entbindung vom Amtsgeheimnis erfolgt. Sie ist allgemein für die Vorgänge des 8. und 9. November und für die Vorgänge, die im unmittelbaren Zusammenhang damit stehen, erfolgt, in einzelnen Fällen allerdings nur, wenn die Auslage in geschlossener Sitzung erfolgt.

Dr. Gademann: Oberleutnant Kriebel hat von dem Major Röhmel im Wehrkreismando behauptet, daß dieser bei der falschen Nachricht vom Tode Ludendorff's ausgerufen habe: „Das ist die beste Lösung.“ Ich habe jetzt einen Brief des Majors Röhmel in Händen, in dem er diese Aeußerung dem Kref nach bestätigt.

General Kref: Ich kenne diesen Brief, aber es wäre doch fatal, ihn ganz zu verlesen. Dann erscheint die Sache in einem anderen Licht.

R.A. Gademann verliest dann einen Brief, in dem Major Röhmel betont, daß die Offiziere des Wehrkreismandos, die über die Vorgänge des 9. November in großer Erregung gewesen seien, über das tragische Geschick Ludendorff's gesprochen hätten. Ihr selbständiges Empfinden habe sich gegen den Gedanken gestäub, daß Ludendorff vor ein Gericht gestellt und abgeurteilt werde und daß der Welt damit ein unerhörtes Schauspiel geboten würde. In diese Erörterungen hinein sei dann die Nachricht gekommen, Ludendorff sei mit einem Schuß in der Schläfe aufgefunden worden, man vermute, er habe sich selbst erschossen. Daraufhin gesteht Major Röhmel, habe ich gesagt: „Das ist entsetzlich, aber es ist vielleicht die beste Lösung. Von dem Zusammenstoß an der Feldherrnhalle war mir damals noch nichts bekannt. Es ist mein schärfster Wunsch, daß der Name Erzellenz Ludendorff's in der Geschichte des deutschen Heeres rein und unbedeckt erhalten bleibt.“ Oberleutnant Kriebel bemerkt dazu, daß er alle seine Ausführungen aufrechterhalte und daß die Erklärung Röhmel's für ihn noch erschütternder sei als das, was er zuerst von ihm angenommen habe.

Braun verteidigt sich.

Dann wurde unter allgemeiner Spannung Oberleutnant Braun, Chef der 2. Kompanie Reichswehriinfanterieregiment 19, als Zeuge aufgerufen und gegen den Widerspruch der Verteidigung vom Vorsitzenden verurteilt, aber auf die Bedeutung seiner Aussage eindrucksvoll hingewiesen. Braun erklärte: Ich danke dem hohen Gericht, daß es mir Gelegenheit gegeben hat, mich unter Eid gegenüber den schweren Angriffen des Hauptmanns Röhm zu rechtfertigen. Es wird mir vorzumerken: 1. daß Leutnant Cadella vor seinem Tod erklärt habe, ich hätte ihm gegenüber die Aeußerung getan: „Was kümmern mich die Taten der Reichswehriinfanterie?“ Ich bin Soldat, dafür werde ich bezahlt. 2. soll Cadella während des Waffenstillstands erschossen worden sein. 3. soll ich versucht haben, den Offizieren der „Reichswehriinfanterie“ die Portepes und Epauletten abzuhaken. 4. soll ich den Waffenstillstand gebrochen haben. (Mit erhobener Stimme) Ich erkläre auf meinen Eid, daß das alles bis auf das letzte Wort erlogen ist. 40 Mann meiner Kompanie sind bereit, das für ihren Chef zu beschwören, darunter der Fähnführer von Jeszchwich, der Sohn des Justizrats von Jeszchwich. Meine Kompanie war am 8. November zwischen Staatsbibliothek und Kaulbachstraße eingekesselt, mit dem Befehl, die Front des Wehrkreismandos zu stürmen. Hinter einer Mauer war die Kompanie zum Angriff bereitgestellt. Zur Unterstützung war ein Maschinengewehr im zweiten Stock der Autahalle des Kommandos eingekesselt. Blötzlich fielen zwei Schüsse, und zwar, wie einstimmig ausgesagt wird, aus dem Gebäude, durch die zwei Planiere verwundet wurden. Daraufhin erfolgte das Maschinengewehrfeuer, nach Meldung des Unteroffiziers hat er aber nur Schreischüsse auf das Pflaster des Hofes abgegeben. Blötzlich lief ein Mann aus einem Durchgang des Hofes direkt in die Maschinengewehrgrube, warf die Hände hoch und brach zusammen. Ich ließ sofort das Feuer einstellen. Nach einiger Zeit erhielt ich dann den schriftlichen Befehl „Waffenruhe“. Dieser Befehl hat mich erst eine Stunde später erreicht, nachdem er ausgegeben worden war. Ich verhandelte dann mit den Offizieren der Nationalarmee. Zunächst ergab sich ein Offizier mit 5 Mann und dann auf den Befehl des Hauptmanns Röhm der Rest des Kommandos. Dabei kam es zu einigen Zwischenfällen. Einige Leute der „Reichswehriinfanterie“ traten bei der Entmischung mit erhobenem Gewehr auf mich zu, warfen die Waffe dann mit höhnischen Widen und trachtend aufs Pflaster. Das habe ich mir verboten, da ich nicht dazu da bin, verhöhnt zu werden. Dann wurde mir ein Pistolenträger, der Erzellenz von Löffow aufs schwerste beleidigt haben sollte. Er erklärte mir: „Jawohl, ich sage es Ihnen ins Gesicht. Löffow ist der falscheste Hund, den ich kenne.“ Darauf gab ich ihm eine Ohrfeige, daß er taumelte. Das ist alles. Ich habe den Leutnant Cadella nicht erschossen. Ich habe keinen Schuß aus meinem Karabiner abgegeben. Ich kannte Cadella überhaupt nicht. Keiner meiner Leute hat ihn tot oder lebend gesehen. Ich habe im Weltkrieg vor dem dreifachen Reger Respekt gehabt, wenn er vor mir lag und für sein Vaterland gefallen war. Niemand im Saal wird von mir glauben, daß ich vor einem deutschen Offizier, der für sein Vaterland gefallen ist, Verachtung aufbringe. Cadella ist nicht während des Waffenstillstands gefallen sondern schon vorher verwundet worden. Ich habe keinen der Offiziere auf der anderen Seite auch nur angefaßt. Ich habe keinen Befehl gegeben, daß die Achselstücke abgerissen werden sollten. Niemand hat einen solchen Vorgang gesehen.

Hauptmann Röhm hat den traurigen Ruhm, einen unbedingten Offizier vor Gericht in nichtswürdiger Weise des Todes beizuhängen zu haben.

Er mag mit diesem Ruhm zufrieden sein. Ich hoffe, daß dieser Ruhm ihn niederdrücken wird und seine Hoffnung, mich in der Armee unmöglich zu machen, zunichte werden wird.

Vors.: Diese letzten Aeußerungen gehören wohl nicht zur Sache. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Zeugen genannt worden sind, die die Ihnen vorgehaltenen Aeußerungen bestätigen wollen.

Zeuge: Ich bin mir darüber voll im Klaren. Vielleicht habe ich einmal gesagt: Ich bin Soldat, ich tue meine Pflicht und Schuldigkeit, sonst nichts.

Justizrat Schramm: In der „München-Augsburger Abendzeitung“ ist ein Schreiben eines Schützen Kappler erschienen, das sich gegen die Angriffe auf Oberleutnant Braun wendet und von der vornehmten Handlungsweise der Kompanie spricht, weil sie der „Reichswehriinfanterie“ freien Abzug, den Offizieren sogar mit Pistole und Seitengewehr gestattet habe.

Zeuge: Jawohl, ich habe mich persönlich dafür eingesetzt, daß die Offiziere ihre Waffen behielten und daß sie ihnen in allen Fällen, in denen sie ihnen verkehrtlich abgenommen worden waren, zurückgegeben wurden.

Justizrat Schramm: Ist dieser Artikel mit Ihrer Zustimmung erschienen?

Zeuge: Ich habe meine Zustimmung erst gegeben, als der Artikel schon fertig war.

Justizrat Schramm: Dieser Schütze Kappler war überhaupt beim Wehrkreismando nicht mit dabei.

Zeuge: Der Artikel ist von 36 Schützen meiner Kompanie mit unterschrieben.

Justizrat Schramm: Nein, er ist nur von Kappler unterschrieben im Namen der übrigen Kameraden.

Der Vorsitzende will eingreifen und die weiteren Erörterungen unterbrechen.

Justizrat Schramm: Herr Vorsitzender, es handelt sich hier um die Glaubwürdigkeit eines Zeugen. — Wie vollzog sich der Abzug mit militärischen Ehren?

Zeuge: Ich habe der „Reichswehriinfanterie“ den geschlossenen Abzug gestattet und ihr sogar erlaubt, daß sie ein dreimaliges Hoch auf ihren Führer ausgedrückt hat.

Justizrat Schramm:

Zu militärischen Ehren gehört doch wohl auch, daß die andere Abteilung vor den Abziehenden präsentiert.

Zeuge (erregt): Ja um Gottes Willen, weshalb denn? Es gibt keine Vorchrift, die das verlangt.

Dann wurde als nächster Zeuge Oberst Ebel vernommen, der die Vorgänge in der Kaserne 19 schilderte. Er befand sich, daß er den Führer der Nationalsozialisten in der Nacht vom 8. zum 9. November habe verhaftet und seine Mannschaften habe entwaffnen lassen. Nähere Angaben darüber will der Zeuge nur in geheimer Sitzung machen. Der Zeuge bekundet dann noch, daß der Führer der Nationalsozialisten den Auftrag gehabt habe, den Abgeordneten Held zu verhaften. Daraufhin habe er den Führer der Nationalsozialisten einfach verhaftet, um deraartige Vorhaben zu verhindern.

Der spöttische Löffow.

Der folgende Zeuge, der Reichswehriinfanterie Major Rohmann, bekundet, daß er von Erz. Löffow zu General Ludendorff in das Wehrkreismando geschickt worden sei, um zu erkunden, ob General Ludendorff die Kaserne des Infanterieregiments 19 mit Waffengewalt angreifen wolle. Im Wehrkreismando sei er von Ludendorff empfangen und es sei ihm ein schriftlicher Bericht an Erz. Löffow übergeben worden, den Oberleutnant Kriebel aufgesetzt und Erz. Ludendorff unterschrieben habe. Ludendorff habe ihn gebeten, dafür zu sorgen, daß er eine Unterredung mit Löffow haben könnte. Ich fuhr dann zur Kaserne zurück und meldete Löffow, daß Ludendorff mir gesagt habe, wir würden die Kaserne nicht angreifen. Darauf sagte Erz. Löffow: „Das glaube ich.“ Löffow hatte dabei so

etwas Spöttisches im Ton.

Als ich darauf meldete, daß Ludendorff eine Unterredung erbitte, sagte Löffow ganz kurz: „Ihr Auftrag ist erledigt.“ Dann übergab ich das Schriftstück, das ich von Ludendorff erhalten hatte, und Löffow nahm es mit den Worten: „Das ist ja alles Schwindel.“

R.A. Nader: Ist von Ihrem Regiment der Geheimbefehl des Generals Löffow verlesen worden?

Zeuge: Jawohl, bei einer Besprechung.

Ludendorff: War Kahr dabei als Sie v. Löffow meine Bitte überbrachten?

Zeuge: Das weiß ich nicht mehr.

Ludendorff: Ich soll angeblich versucht haben, in die Kaserne einzudringen, um die Reichswehr zu überreden, zu mir überzugehen. Es ist deshalb auch ein Befehl erlassen worden, daß ich bei einem solchen Versuch sofort zu verhaften sei. Hatten Sie das Gefühl, daß ich auch Sie überreden wollte?

Zeuge: Nein. Ich weiß aber, daß der Befehl bestand, Sie zu verhaften, sobald Sie die Kaserne betreten würden.

Justizrat Kohl: Was dachten Sie sich dabei, als General Löffow die Unterredung mit Ludendorff ablehnte?

Zeuge: Ich bezauerte es, weil ich nicht glaubte, daß ein kaiserlicher General eine solche Bitte von Ludendorff abschlagen könnte.

Hierauf wurde Major a. D. Siry vernommen, der im Auftrage Hitlers in der Nacht vom 8. zum 9. November um 12 Uhr zu General Löffow in die Kaserne des Infanterieregiments 19 gehen wollte, um dort zu hören, wie General Löffow sich zu seinem Versprechen stelle. Ich kam in die Baracke, in der Kahr und Löffow saßen. Ich fragte, welche Haltung Löffow gegenüber den Mannschaften des Kampfbundes einnehmen werde. Darauf

eifriges Schmelzen.

Ich wandte mich nun an Herrn v. Kahr mit den Worten: Erzellenz, ich befinde mich hier doch wohl bei der nationalen Regierung? und zu meinem Schrecken antwortete Herr v. Kahr: Das ist alles null und nichtig. Das waren mit der Pistole erzwungene Versprechungen. Ich war vollkommen zerstreut, denn ich mußte nicht mehr, was ich denken sollte. Ich hatte ja von dem Umfall der Herren keine Ahnung und wollte gehen, aber General v. Löffow ließ mich verhaften. Ich ahnte nun Schreckliches für Ludendorff und seine Leute, denn ich befürchtete mit Recht einen Zusammenstoß und ich wandte mich nochmals an Herrn v. Kahr mit den Worten: Erzellenz, die andere Seite ahnt ja gar nicht, daß Sie sich nicht mehr an Ihr Wort gebunden fühlen. Lassen Sie mich doch sofort los, damit ich Anglist verheißt und die Bewegung abbremsen kann. Über Herr v. Kahr erwiderte mir: Wenn Sie sie im Bürgerbräukeller mit der Pistole gesehen hätten, dann würden Sie ganz anders denken. In meiner Verzweiflung wandte ich mich nunmehr an Erzellenz Löffow und sagte: Erzellenz,

wollen Sie die Verantwortung übernehmen, wenn es jetzt Schießereien und Blut gibt?

Darauf antwortete mir Löffow: Mit Rebellen wird nicht verhandelt, möglicherweise hat er auch gesagt: Auf Rebellen lasse ich schießen. Da wurde es mir furchtbar klar, daß Löffow überhaupt keine Verhandlungen wollte. Die Verantwortung für die Toten am 9. November trägt nicht Hitler und Ludendorff, sondern Löffow und Kahr, die meine Aufklärungsmission nicht annehmen wollten.

R.A. Gademann: Welchen Eindruck machte Kahr bei dieser Unterhaltung auf Sie in der Baracke des Infanterieregiments?

Zeuge:

Wenn ich das schlechte Gewissen zu malen hätte, so würde ich ihn zum Modell nehmen.

(Große Bewegung im Zuhörerraum.) Ich bin dann, obwohl ich von Löffow das Wort hatte, mich frei bewegen zu dürfen, festgenommen. Ich protestierte und ließ mir den Kompanieführer, Oberleutnant Braun, kommen. Oberleutnant Braun, den ich ins Bild setzte, antwortete mir jedoch: „Man will die Kaserne stürmen.“

Ich werde auf die Hunde schießen und mit lächelndem Gesicht,

(Große Erregung und empörte Zurufe im Zuhörerraum.) Oberleutnant Braun: Ich werde durch diese Aeußerung an die Unterhaltung erst wieder erinnert, die mir vollkommen entfallen war. Es ist möglich, daß ich diesen Ausdruck gebraucht habe. (Große Unruhe im Zuhörerraum.)

Justizrat Schramm: Sie hatten meine Frage nach diesem Punkt vorher glatt verneint. Hatten Sie nunmehr, nachdem Sie das zugeben müssen, auch Ihre anderen Aussagen aufrecht?

Zeuge: Jawohl.

Erster Staatsanwalt Stenglein: Ich warne Sie, Sie sollen auch bei der Entmischung der Kompanie Röhm gesagt haben: Ich bin Soldat und werde dafür bezahlt. Sie betonten mit diesem Ausdruck wohl Ihre Pflicht, haben aber in sehr unklarer Weise daran erinnert, daß Sie für diese Pflicht auch Sold bekommen.

Sehen Sie sich vor, daß Sie sich nicht einer Eidesverletzung aussetzen.

Zeuge (offenbar erregt): Ich will es nicht bestimmt behaupten, aber ich glaube nicht, das gesagt zu haben.

R.A. Hemmeter: Herr Major Siry, haben Sie in der Baracke auch den Kapitän Kautter, den Ersagmann für Ehrhardt, bemerkt?

Zeuge: Nein.

Hierauf wurde die Sitzung um 8 1/4 Uhr geschlossen und auf Sonnabend morgen 8 1/2 Uhr vertagt. In der kommenden Woche sollen nunmehr die Herren Kahr, Löffow und Seiser gehört werden.